Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Digitale Sammlungen

10.02.1931 (Nr. 10)

Visual Library

7 Staatsbibliothek Bremen Breitenweg 44/45

Bremer Nationalsozialistische Zeitung

Einzelpreis 20 Pfg.

Parteiamtliches Organ der Bremer Nationalsozialisten

Geschäftsstelle und Redaktion: Bremen, Bahnhofstr. 26.
Fernsprecher Domsh. 25878. Erscheint wöchentlich 2 mal.
Bezugspreis monatlich 0.92 *RM.* einschl. Bestellgeld.
Verlagsort Oldenburg (Oldbg.)

Anzeigen: Die 10-gesp. Nonp.-Zeile 0.25 *RM.* Stellengef. und Fam.-Anz. 0.10 *RM.* Kleine Anzeigen 0.15 *RM.* Ersatzansprüche können nicht gestellt werden, wenn das Erscheinen irgendwie verhindert ist.

Nr. 10 | 18. Februar | 1931 | 1. Jahrg.

Der sterbende Reichstag.

Hitler in Weimar. Kommunistische Hetze im Bremer Hafen. 2000 Bremer Tabakarbeiter entlassen.

Oeffentliche Irreführung.

Dr. Löbe hat auf eine Anfrage des Abg. Dr. Weber (Staatspartei), wie hoch die Bezüge seien, die auf Grund des Antrages Dr. Frick und Gen. auf Ueberlassung der Diäten der natsoz. Fraktion an die Erwerbslosen für diese zur Verfügung stünden, auf hämische Weise geantwortet: Die Abgeordneten hätten am 1. Februar ihre Diäten bereits im Voraus abgehoben. Das Gelächter der Mitte und die Pfui-Rufe der Linken zeigten, daß die Youngparteien verstanden, was Präsident Löbe damit meinte. Dementsprechend hat dann auch die jüdische Journaille von Berlin übelweise ihren Spott auf die natsoz. Reichstagsabgeordneten in Wort und Bild ausgeschüttet, allen voran das Lieblingsblatt der Berliner Rotundenfrauen und der Kurfürstendamm-Juden, das 8 Uhr-Abendblatt.

Wir stellen demgegenüber folgendes fest:

Sämtliche Mitglieder des Reichstages, also auch die nationalsozialistischen erhalten auf Grund der Geschäftsordnungsbestimmungen ihre Aufwandsentschädigungen monatlich im Voraus, genau so wie das bei den Beamten in Staat und Gemeinden der Fall ist. Für nicht wahrgenommene Sitzungen einzubehaltene Beträge werden am 1. des folgenden Monates von den Bezügen gekürzt. Demnach steht am 1. März bei Annahme des Antrages Dr. Frick und Gen. ein sehr erheblicher Betrag zur Verfügung.

Vor einem neuen Verfassungsbruch des Tributreichstags.

Man will den Nationalsozialisten das Mandat entziehen.

Berlin, 12. Februar. Im Laufe der Debatte der Sitzung des sogen. „Hohen Hauses", am Donnerstag, in dem nunmehr die Interessentenhaufen und Youngverknechter des deutschen Volkes allein zusammensitzen, hat auch der der sogen. „Staatspartei" angehörende Jude Dr. Meyer das Wort genommen und gefordert, daß man nunmehr doch im Aeltesten-Ausschuß daran gehen müsse, die nationalsozialistischen Abgeordneten, die das „Hohe" Haus verlassen hätten, die Freifahrtkarte und wenn irgend möglich, da sie doch ihre Abgeordnetenpflicht nicht ausübten, das gesamte Mandat zu entziehen. Herr Paul Löbe von der SPD. antwortete vorsichtigerweise dem Staatsparteiler, daß man das nicht allzu leicht tun könne, denn die Verfassung stände hier im Wege. Man werde sich aber wunschgemäß im Aeltesten-Ausschuß mit dieser Frage beschäftigen.

Eine bequeme Ausrede.

Berlin, 12. Februar. In den Ausschüssen des Tributreichstages sind sich am Donnerstag die Youngparteien unter schwarzroter Führung rasch darüber einig geworden, alle nationalsozialistischen Anträge, die in den Ausschüssen noch vorliegen, nicht mehr zu behandeln und auch nicht mehr über sie abzustimmen. Um diese Ablehnung nationalsozialistischer Forderungen zu „begründen", erklärt man in der schwarz-roten Koalition, daß man deshalb diese Anträge nicht auf die Tagesordnung stelle, weil kein Vertreter der Nationalsozialisten anwesend sei, der diese Anträge mündlich begründen könne. Als ob es einer Begründung bedürfte für Anträge, die die Not des hungernden Volkes beseitigen wollen!

Der Sieger von Genf.

Graf E. Reventlow.

Die Verlegenheit und Verlogenheit der Youngparteien des Reichstages konnte nicht schöner zum Ausdruck gelangen, als durch die Bemerkung linker Redner: die Nationalsozialisten hätten sich der außenpolitischen Auseinandersetzung entziehen wollen, weil Curtius in Genf keinen Mißerfolg, sondern einen Erfolg davongetragen habe. Bekanntlich ist nichts so blöde, daß es nicht von Blöden geglaubt werden könnte, und darauf war es natürlich auch berechnet. Aus dem Auswärtigen Ausschuß, insbesondere der letzten Sitzung, wußten die Redner der Linken und der Mitte genau, daß die Nationalsozialisten über die Politik der Regierung und deren Genfer Triumphe sehr unangenehme Dinge zu sagen und sehr unbequeme positive Vorschläge zu machen hatten. Daß der Auszug der Nationalsozialisten ihre Reden zur Außenpolitik in Fortfall brachte, ist für die Herren Curtius und Brüning und die Youngparteien ein kleiner Trost, freilich nur für zwei Tage gegenüber der Frage: Was nun? gewesen. Wir gönnen den Herren gern diesen Trost umso bereitwilliger, als aufgeschoben bekanntlich nicht aufgehoben ist.

Die Rede des Herrn Curtius und der Erfüllungsredner haben nichts Neues ergeben. Der Außenminister Dr. Curtius versäumte nicht, breit zu erklären, daß er in Genf hinsichtlich der Minderheit einen großen Erfolg errungen habe. Das ist eine kleine Unwahrheit, und als solche auch sicher nichts Neues. Wir erwähnen es nur, weil der Reichskanzler Dr. Brüning ja jeden Augenblick versichert, die Politik seines Kabinetts stehe ganz besonders im Dienste der Wahrheit. Wenn Herr Brüning sich darauf beschränkte zu sagen, er hege platonische Liebe zur Wahrheit, so würden wir ihm nicht widersprechen, ihm höchstens unser Bedauern aussprechen, denn bei der platonischen Liebe kommt man bekanntlich dem geliebten Gegenstande nicht näher, in diesem Falle also auch nicht der Wahrheit. In Genf ist an Tatsächlichem für die deutsche Minderheit nichts, nicht das geringste, erreicht worden, man hat nur einige gnädige Worte entgegennehmen dürfen, die deutschen Forderungen dagegen sind stillschweigend unter den großen Tisch gefallen, wo schon so viel liegt, und der kleine Curtius war höchst zufrieden und stolz, daß man ihn wenigstens in der Form nicht schlecht behandelte. Ein hoher Grad von Unwahrheit liegt auch darin, daß der Außenminister in seiner Rede mit keinem Wort der **deutsch-französischen Finanzverhandlungen** Erwähnung getan hat. Hätte man ihm das gesagt, so würde er geantwortet haben: Die Regierung habe solche Verhandlungen in keiner Weise geführt. Nun macht man bekanntlich derartige Dinge zunächst nicht durch die Regierung, sondern das sind private Geldgesellschaften mit ihren Emissären. Ist dann schließlich alles vorbereitet und herrscht in den Hauptsachen Einigkeit, d a n n wird das Geldgeschäft zwischen den Regierungen gemacht. In seiner Rede sagte Curtius: „Naturgemäß ist aber bei den nun einmal gegebenen historischen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen das deutsch-französische Verhältnis in gewissem Sinne der Angelpunkt der großen Fragen." Das bedeutet: Die Regierung Brüning hat sich ganz auf eine Unterwerfungspolitik Frankreich gegenüber eingestellt, und das deutsche Ziel dieser Politik ist eine große französische Anleihe. Die französische Presse hat hierzu bereits während der letzten Genfer Verhandlungen erklärt, Frankreich sei durchaus nicht abgeneigt, müsse aber natürlich die nötigen Garantien haben, besonders auch solche politischer Art. Darunter ist zu verstehen: **schärfster Kampf der deutschen Regierung gegen die nationalsozialistische Bewegung** und ohne Zweifel auch eine Forderung, daß Deutschland von dem ihm zu leihenden französischen Gelde nichts für Verstärkung seiner Rüstung verwenden dürfe. Das dürften die „Hauptgarantien" sein; eine Anzahl anderer wird dazu kommen. In der Hauptsache steht außer

---

Gewaltiger Sieg der Nat.-Soz. an den Wiener Hochschulen.

Wien, 12. Februar. Dieser Tage fanden an den Wiener Hochschulen die Wahlen in die Kammer der deutschen Studentenschaft statt.

Die Wiener Studenten haben mit überwältigender Mehrheit gezeigt, daß auch sie mit dem heutigen System der Not und des Elends Schluß machen wollen und sich in eine Reihe stellen mit dem Deutschland Adolf Hitlers. Die Oesterreicher arbeiten gut und holen mit Riesenschritten den Vorsprung der Bewegung im Reiche auf. Nach den glänzenden Erfolgen bei den Gemeindewahlen in Wiener-Neustadt und neuerdings am 8. Februar in der Landeshauptstadt Kärntens, in Klagenfurt, kommt bereits der neue große Sieg der Wiener Studenten.

Der Erfolg der nationalsozialistischen Studenten ist umso höher einzuschätzen, als sie heuer das erstemal als selbständige, wahlwerbende Gruppe auftraten. Bereits auf den ersten Ansturm konnten die nationalsozialistischen Studenten folgende große Siege verzeichnen: (Die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf die im Vorjahre errungenen Sitze.)

Hochschule für Bodenkultur:
Katholische Liste (5) 5; Völkische Front (10, davon 2 Nat.-Soz.) 0; **Nationalsozialisten** (0) **10.**

Tierärztliche Hochschule:
Katholische Liste (3) 2; Völkische Front (9) 3; **Nationalsozialisten** (0) **7.**

Hochschule für Welthandel:
Katholische Liste (4) 4; Völkische Front (14) 6; **Nationalsozialisten** (0) **14.**

Technische Hochschule:
Katholische Liste (6) 5; Völkische Front (19) 8; **Nationalsozialisten** (0) **12.**

Universität:
Katholische Liste (15) 14; Völkische Front (25, davon 2 Nat.-Soz.) 11; **Nationalsozialisten** (0) **15.**

Die nationalsozialistischen Studenten mit ihrem tüchtigen Führerr, Kreisleiter Karl Walluschek-Wallfeld, können auf diesen auf den ersten Ansturm errungenen Sieg mit Recht stolz sein. Wurde doch gegen sie — vor allem anläßlich der Wahlen — ein ganz unerhörter Terror losgelassen.

Auch in Oesterreich wird bald der Tag der Freiheit im Dritten Reiche Adolf Hitlers schlagen.

*

Auch in Hamburg.

Hamburg, 14. Februar. An der Hamburger Universität fanden die Wahlen zum Allgemeinen Studentenausschuß (Asta) statt. Es wurden insgesamt 2216 Stimmen abgegeben. Von den gültigen Stimmen entfallen auf die Listen:

Widerstandsblock deutscher Studenten (Korporationen 525 Stimmen gleich 3 (5) Sitze,

Sozialistische Studentengruppe 500 Stimmen gleich 3 (2) Sitze,

Nat.-Soz. Deutscher Studentenbund 883 Stimmen **gleich 5** (2) **Sitze,**

Finkenschaft 238 Stimmen gleich 1 (2) Sitz,

Revolutionäre Sozialisten (Kommun.) 88 Stimmen gleich 0 Sitze.

Es bestand Listenverbindung zwischen dem Widerstandsblock deutscher Studenten und dem Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund, die beide zusammen 1408 Stimmen gleich 8 Sitze erhielten. Der Demokratischen Studentenbund hat diesmal Wahlenthaltung geübt und keine Liste aufgestellt; er hatte bisher 1 Sitz. Die Wahlbeteiligung betrug etwa 62 Prozent. in Klammern gesetzten Zahlen beziehen sich auf die im Vorjahre errungenen Sitze.

allem Zweifel, daß mit einem Perfektwerden einer größeren deutsch-französischen Anleihe die deutsche Außenpolitik, die deutsche Innenpolitik und die deutsche Wirtschaftspolitik unter **französischer Autorität und Kontrolle** stehen werden. Ebensowenig ist zu bezweifeln, daß die Regierung Brüning und ihre Parteien einschließlich der Sozialdemokratie mit allen Kräften bestrebt sind, die endgültige Unterwerfung unter Frankreich zu vollziehen. Es besteht allerdings Anlaß zur Annahme, daß dieses Spiel **vom Vatikan und seinen hohen Organen in Paris und Berlin** gespielt wird. Der **katholische Zentrumsmann Brüning ist nicht umsonst Reichskanzler,** und nicht umsonst hat es in seinem Neujahrserlaß der Kardinal Bertram allen Deutschen zur Pflicht gemacht, dieser Regierung Brüning zu dienen.

Die Brüning—Curtiussche Franzosenpolitik kann in ihrer Tragweite gar nicht überschätzt werden. Umso weniger, als ihre Basis in einer Schuldverknechtung Deutschlands unter Frankreich bestehen soll. Frankreich ist gerade auf diesem Gebiete immer von klarem Zielbewußtsein und großer Geschicklichkeit gewesen. Schon vor dem Kriege gehörte es zur französischen Außenpolitik, anderen Ländern viel Geld zu leihen und damit entscheidenden Einfluß auf deren Politik, auch Wehrpolitik, und Wirtschaft im einen oder anderen Sinne zu gewinnen, wir denken dabei an Rußland, an Rumänien, an Griechenland, an die Türkei u. a. m. Diese französische Geldpolitik ist immer ein wichtiges Stück der eigentlichen französischen Außenpolitik gewesen. Keine größere französische Bank macht Geldgeschäfte mit dem Auslande ohne Zustimmung der Regierung bzw. des Außenministeriums, dagegen oft genug in dessen Auftrag.

Was Curtius sonst sagte, war nur so und so vielte Wiederholung jener Phrase, die bei jeder Ministerrede vorgebracht werden. Eine Wendung freilich, die bezeichnend genug ist, entrutschte ihm noch zum Thema Frankreich: er sagte, er wünsche, daß irgend eine Erkenntnis sich „jenseits des Rheins" durchsetze, damit anerkennt er den Briandschen Ausspruch vom Februar 1926 in der Pariser Kammer: Nach den Locarnoverträgen sei der Rhein die Grenze zwischen den beiden Ländern. Curtius anerkennt also ausdrücklich die durch Stresemann und Briand vollzogene Internationalisierung der Rheinlande und den Rhein als Grenze. Gehört das nun auch zur Politik der Wahrheit?

Von der Abrüstungskonferenz des nächsten Jahres sagte der Außenminister: mit einer noch längeren Verzögerung der „allgemeinen Abrüstung" würde die deutsche Regierung sich nicht abfinden. Man kann über diese stolze Wendung, nach allem Vorhergegangenen, nur lächeln. Wäre es Herrn Curtius ernst hiermit, so hätte er unseren Antrag auf Kündigung der deutschen Mitgliedschaft des Völkerbundes sich zu eigen machen müssen, denn durch sie wäre Deutschland in der Lage gewesen, während der zweijährigen Kündigungsfrist einen sehr erheblichen Druck im Sinne der Abrüstung auszuüben. Sonst ist keinerlei Druckmittel vorhanden. Im übrigen werden wir diese stolzen Worte des Außenministers nicht vergessen und ihn über Jahr und Tag daran erinnern.

Zum Schluß sprach der Außenminister von der „Reparationsfrage". Wir bezeichnen es nachgerade als einen Skandal, wenn Herr Curtius oder irgend ein anderer Minister das Wort „Reparationen" in den Mund nimmt, denn es bedeutet „Wiedergutmachung" und Wiedergutmachung bedeutet ein Bekenntnis zur Schuldlüge. Deutschland ist nicht schuldig am Kriege, hat also nichts „wieder gutzumachen". Eben vorher sprach der Minister gerade von der „Kriegsschuldfrage" und sagte dabei die Unwahrheit: alle deutschen Regierungen hätten gegen die „Versailler Kriegsschuldlüge schärfste Verwahrung" eingelegt. Wie diese schärfste Verwahrung aussah, wollen wir ein andermal näher besehen. Spricht aber ein Minister von „Reparationen", so bekennt er sich zum Gegenteil schärfster Verwahrung, nämlich zu einer deutschen Verpflichtung eines Wiedergutmachens. Durch Phrasen über Kriegsschuld-„frage" wird daran nicht das geringste geändert, denn das sind eben Phrasen und die Stellungnahme zu „Reparations"verpflichtungen bedeutet eine Politik und Wirtschaft, die erbarmungslos auf Kosten des deutschen Volkes geht. Herr Curtius versprach in seiner Rede feierlich: Man werde den Youngplan nicht zerreißen!

Womit wir ihn mit seinem Ruhm und seiner Mehrheit für heute sich selbst überlassen wollen. And let him alone with his glory!

Der sterbende Reichstag.

Reichstag 24. Sitzung am 12. 2. 31.

Auf den Tribünen befinden sich mehr Zuschauer als Abgeordnete im Sitzungssaal. Die Plätze der nationalen Opposition sind leer; auf denen der Nationalsozialisten räkeln sich einige Volksvertreter, die nicht dorthin gehören. Sie wollen auch einmal sehen, wie es sich rechts sitzt. Die Minister sitzen bei ihren Fraktionen. Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt Dr. Weber (Staatspartei), gestern habe Graf Westarp darauf aufmerksam gemacht, daß diejenigen Herren, die an den Sitzungen nicht mehr teilnehmen, ihren Pflichten als Abgeordnete nicht mehr nachkommen. Nach der Geschäftsordnung seien aber die Reichstagsmitglieder verpflichtet, an den Arbeiten des Reichstages teilzunehmen. Urlaub auf unbestimmte Zeit könne überhaupt nicht erteilt werden. Er frage deshalb den Präsidenten, ob diejenigen Abgeordneten, die ihre Arbeit vor einigen Tagen eingestellt haben, um Urlaub nachgesucht haben. Falls das nicht der Fall sei, bäte er den Präsidenten, die Angelegenheit in einer der nächsten Aeltestenratssitzungen zur Sprache zu bringen.

Diese Anfrage, die natürlich nur ein abgekartetes Spiel ist, zielt, wie wir hören, nicht nur auf den Verlust der Freifahrkarten hin, sondern auch auf den Verlust der Mandate. (Siehe auch Seite 1.)

Abg. Aufhäuser (SPD.) legt Wert darauf, festzustellen, wann das Schreiben des Abg. Dr. Frick, wonach die durch Ausmarsch der Nationalsozialisten ersparten Diäten den ausgesteuerten Erwerbslosen gegeben werden sollen, eingegangen ist und um welche Summe es sich handelt.

Präsident Löbe erwidert, es sei keine Neuerscheinung, daß Abgeordnete Sitzungen länger fern bleiben, so z. B. sei das bei Ludendorff und Frau Zetkin der Fall gewesen. Wenn es verlangt werde, daß der Aeltestenrat sich damit befasse, so solle es geschehen; **es sei aber keine Möglichkeit, nach den bisherigen Bestimmungen irgendwelche Maßnahmen zu ergreifen.** Wie hoch die Summe für die Erwerbslosen sei, könne er noch nicht feststellen.

Danach fand die Wahl des Vizepräsidenten statt. Vorher machen die Kommunisten als zweitstärkste Partei Anspruch auf den Posten. Sie protestieren dagegen, daß die SPD. einen Vertreter der Schwerindustriellen wählen wollen. Die Christlich-Nationalen erklären, sich an der Wahl nicht beteiligen zu wollen, desgleichen das Landvolk. Die Volkspartei legt Wert darauf, daß ein Bürgerlicher Vizepräsident wird.

Das Ergebnis der Wahl: v. Kardorff 258 Stimmen, der Kommunist Pieck 56, Eisenberger 1, 2 ungültig, 24 enthalten, 32 unbeschrieben. Abgegebene Stimmen: 353. Zu Schriftführern wurden Reyses (Zentrum) und Schneider (Staatsp.) gewählt.

Es folgt die Abstimmung über die Anträge zum Auswärtigen Etat. Der nationalsozialistische Antrag auf Vorbereitung des Austritts aus dem Völkerbund wird gegen die Stimmen des Landvolks und der Kommunisten abgelehnt; die übrigen nationalsozialistischen Anträge werden durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Das Gehalt des Außenministers wird gegen die Stimmen des Landvolks und der Kommunisten bewilligt.

Danach 2. Beratung des Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums.

Reichstag. 25. Sitzung am 13. 2. 1931.

Die Tribünen werden von Tag zu Tag leerer. Die Vertreter der auswärtigen Mächte erscheinen schon gar nicht mehr. Das Interesse an den Arbeiten des Hohen Hauses flaut immer mehr ab. Auch das Plenum ist schwach besetzt.

Reichstag 26. Sitzung. 14. Februar 1931.

Auf den Tribünen 120 Neugierige. Ein Mädchenpensionat schaut erstaunt auf den leeren Saal herunter. Im Plenum 60. Abgeordnete. Die Kommunisten auffallend still. Fürwahr, der Reichstag löst sich selbst auf.

Sie kennen kein Vaterland.

Nach marxistischer Theorie (d. h. nach sozialdemokratischer undd kommunistischer) gibt es nicht Volksgemeinschaften, sondern nur Klassen und infolgedessen nicht Volksgenossen, sondern nur Standesgenossen. Den waschechten Marxisten ist jeder Standesgenosse jenseits der Deutschen Grenzpfähle tausendmal lieber als jeder Blutsgenosse anderen Standes diesseits der Deutschen Grenzpfähle, mit dem sie von Natur aus auf Gedeih und Verderben verbunden sind. Crispin, der damalige Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, erklärte 11. Juni 1922 im Reichstag:

„Wir kennen kein Vaterland, das Deutschland heißt".

Und der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Seydewitz schreibt in seiner Broschüre „Sozialdemokratie und Wehrproblem", die er Anfang 1929 im Reichstag hat erscheinen lassen, wörtlich:

> „Der Vorwurf des Landesverrates ist nichts gegenüber einer Partei, die keine Pflichten gegenüber Land und Nation, die Pflichten lediglich gegenüber der Klasse des Proletariats hat".

Das schreibt ein führendes Mitglied einer Partei, die im heutigen Staat maßgebende Ministerposten und sonstige höchste Beamtenposten besetzt. „Keinerlei Pflichten gegenüber Land und Nation", das ist nicht Volks- und Lebensbejahung, das ist Volks- und Lebensverneinung.

Die Meinung der „Leipziger Neuesten Nachrichten" über Brüning in Chemnitz.

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten" bringen in Nr. 25 vom 24. Januar 1931 einen Aufsatz unter der Ueberschrift „Brüning in Chemnitz". Darin lesen wir u. a.:

„Daß in der Versammlung stärkere Auslösungen der die Gemüter beherrschenden Spannung unterblieben, war unstreitig dem meisterlichen Geschick des Vorsitzenden des Verbandes Sächsischer Industrieller, des Direktors Wittke, zu danken, der ausgleichend und — vor der Reichskanzlerrede — vorbeugend alle Temperamentsausbrüche großen Stils, die der Würde der Kundgebung nur abträglich gewesen wären, zu unterbinden verstand. Gerade an einzelnen scharfen Zwischenrufen war zu ermessen, wie die Leidenschaften nur mühsam in Bann gehalten wurden . . . . Was hatte der Reichskanzler Brüning auf alle diese mannigfaltigen Anregungen, Anforderungen, Wünsche, Beschwerden zu erwidern? Was brachte er den sehnsuchtsvoll Harrenden als Hoffnung, als Versprechen? Seine Rede war in dieser Beziehung eine große Enttäuschung . . . . Es war außerordentlich bezeichnend, daß der Versammlungsleiter nach der Rede Brünings versicherte, der Reichskanzler sei bereit, die Frage der Steuersenkungen in einem kleinen Kreis später in Berlin zu erörtern. Ganz offensichtlich wurden diese Worte gesprochen, damit der in sachlicher Beziehung enttäuschende Eindruck von Brünings Rede gemildert wurde."

Für Warenhaus und gegen gewerblichen Mittelstand.

Deutsche Reichspost.

In Hannover bemüht sich die Reichspost tatkräftig um die Förderung des jüdischen Warenhauses Karstadt. Auf der Rückseite der Kraftpostscheine lesen wir:

Karstadt-Waren helfen sparen.

Sie erhalten einen süßen Bonbon aus Karstadt's süßer Ecke für jeden Fahrschein, den Sie zusammen mit einem Kassenzettel bei Karstadt vorlegen.

Hannover — Karstadt — Georgstraße.

Tretet ein in die SA.

Witterungseinflüsse auf den Menschen.

Mediz. Plauderei von Dr. med. A. E. Bremen.

Wenn das Barometer fällt, also der Luftdruck sinkt, steigt die Zahl der Erkrankungen. Dieser scheinbare Gegensatz wird durch die Tatsachen bewiesen. Besonders bei Witterungsumschlägen (Mondwechsel, Sturm, Föhn, Nahen eines Gewitters) leiden viele Menschen unter unruhigem Schlaf, Kopfschmerzen, Ziehen in allen Gliedern, Schmerzen an Narben, an alten Knochenbruchstellen, Schmerzen der Hühneraugen, besonders den Trägern der heutigen spitzen Schuhmode bekannt. In Gegenden mit häufigen Witterungsumschlägen steigt der Verbrauch an Schmerzlinderungsmitteln. Die Nerven sind im Zustand erhöhter Erregbarkeit, und zu solchen Zeiten ist auch die Neigung zu Selbstmorden und Affektverbrechen erhöht, was uns die Statistik lehrt.

Welcher Teil des Wetters nun an den beobachteten Aenderungen im Befinden schuld ist, wie Luftdruck, Luftelektrizität, Luftfeuchtigkeit etc., soll dahin gestellt bleiben. Das andere klimatische Verhältnisse auf den Menschen einen erheblichen Einfluß ausüben, wissen wir durch Erfahrung und machen davon auch zu Heilzwecken verschiedentlich Gebrauch. Bekannt ist ferner, daß die verschiedenen Lebensäußerungen der Menschen und Tiere im Laufe des Tages regelmäßigen Aenderungen unterworfen sind, so z. B. Zahl der Pulsschläge, Höhe des Blutdrucks, Höhe der Körperwärme, Schlafbedürfnis etc. Dieser regelmäßige Wechsel ist aber insoweit unabänderlich, als das betreffende Individuum an einem und demselben Ort sein Dasein verbringt. Verläßt es seinen Standort, so stellen sich Abweichungen in seinen erkennbaren Lebensvorgängen ein, es stellt sich um und paßt sich den anderen Verhältnissen an. Die Lebensvorgänge ändern sich mit der Sonne oder, wenn wir so sagen wollen, mit der kosmischen Lageveränderung.

Die Witterungseigentümlichkeiten der Jahreszeiten gehen auch auf den Menschen über. Wir fühlen mit dem Aufstieg des Jahres, das Frühlingsrauschen in unseren Adern; die geistige Tätigkeit nimmt zu, der Drang des Kraftgefühls verlangt körperliche Betätigung. Daher kommt es auch im Frühling und Frühsommer zu den meisten Affekthandlungen. Auf solche Hochstimmungsgefühle folgen Herabstimmungen des Gefühllebens, und diese lösen je nach der Seelenbeschaffenheit des Einzelnen gewisse Zustände aus, die uns dann oft schlaglichtartig eine kranke Psyche erkennen lassen. Und es ist auffallend, daß sehr oft diese Depressionen in die Winterzeit fallen.

Alle diese Erfahrungstatsachen sind für alle die Menschen, die von Klima, Jahresseit, Wetter etc. abhängen, von besonderer praktischer Bedeutung. Viele Menschen können sich eher und leichter zur Selbstbesinnung durchringen, wenn sie aus Erfahrung oder Belehrung wissen, daß mit der Umstellung des Barometers, mit dem Eintreten der anderen Jahreszeit eine Besserung ihrer seelischen und körperlichen Beschwerden kommen wird. Aeltere Leute, die mit Rheumatismus und ähnlichen Leiden behaftet sind, sind oft die reinsten Barometer, sie vermögen oft einige Tage vorher einen Witterungsumschlag, das Eintreten von Schneewetter, das Nahen einer Gewitterperiode, einen Mondwechsel etc. mit staunenswerter Bestimmtheit vorauszusagen.

Auf diese Tatsachen nahmen die Aerzte früherer Zeiten stets Rücksicht bei Durchführung der verschiedensten Kuren. In neuerer Zeit redet man wieder viel von Brunnengeist der Badeorte und den richtigen Jahreszeiten der Kuren.

In den letzten Jahren ist auch der Einfluß des Wetters auf die Arbeitsleistung der verschiedensten Berufe studiert worden. Und dabei hat sich ergeben ein deutlicher Zusammenhang mit dem Wetter des Einzeltages und auch mit der Jahreszeit. Die Leistungen der verschiedensten Berufsarten zeigten im Frühling die besten Qualitäten ihrer Arbeit. Gegen den Winter hin nahm die Güte der Leistungen wieder ab. Dabei hat sich auch herausgestellt, daß die Leistungsfähigkeit des Menschen in Gegenden mit geringen Tagestemperaturveränderungen vermindert wird. Es scheint also, daß der menschliche Körper im gesunden Zustande Veränderungen braucht, und daß Wetterveränderungen, gleichgiltig, ob zum Guten oder Schlechten, sich günstig auf die Lebensvorgänge auswirken. Ein Regentag nach einer längeren Periode schönen Wetters oder umgekehrt, dient fühlbar zur körperlichen und geistigen Auffrischung. Auch das Fallen und Steigen der Lufttemperatur hebt — vorausgesetzt, daß die Veränderung nicht zu plötzlich und unter zu großer Differenz erfolgt — die Arbeitsleistung. Tage mit feuchter, schwüler, treibhausartiger Wärme sind für die meisten Menschen schlecht zu ertragen — es treten im Körper unangenehme Empfindungen auf, er fühlt sich schlapp, er wird arbeitsunfähig, eine Ueberhitzung des Körpers macht sich bemerkbar, die Wärmeabgabe durch die Wasserverdunstung der Hautflächen wird erschwert, die Herzarbeit wird vermehrt, es stellen sich Zustände ein, die wir bei hohen Fieber antreffen.

So sehen wir, daß der menschliche Körper in seinem ganzen Sein von den ihm umgebenden kosmischen Kräften weitgehendst beeinflußt wird, daß er sich nicht loslösen kann von diesen Einflüssen der Naturgewalten, deren Wirken wir wohl empfinden, deren Endzweck wir aber nicht enträtseln können.

Tantiemen.

Vor einiger Zeit rechnete die Handels-Zeitung des „Berliner Tageblattes" (Nr. 439/1930) an Hand des Prospekts der Aku-Glanzstoff-Transaktion aus, daß bei den Vereinigten Glanzstoffabriken bisher an den Aufsichtsrat nach Verteilung von 4 v. H. Stammdividende ein Betrag von 8½ v. H. des Reingewinnes als Tantieme ausgeschüttet wurde, d. h. praktisch, im letzten Jahre 800 000 RM. an fünf bis sechs Köpfe, mithin je 160 000 RM. an jedes Aufsichtsratsmitglied. Dazu traten noch Vorstandstantiemen und Gratifikationen, so daß für diese Zwecke im ganzen 10 v. H. des erzielten Reingewinns benötigt wurden. Der Vorstand, der sich dabei mit etwa ¼ Mill. RM. begnügen mußte, dürfte aber auch aus der Glanzstoff-Verkaufskontor Komm. Ges. noch erhebliche Einnahmen erzielt haben, die sich der Kontrolle der Aktionäre entziehen. In dem Umtauschprospekt ist nun nach dem „B. T." ganz beiläufig erwähnt worden, daß die Verteilung von 30 v. H. des über 6 v. H. Dividende hinausgehenden Reingewinnes als Tantieme an Vorstand und Aufsichtsrat beabsichtigt ist. Das bedeutet, daß in Zukunft bei einem Dividendensatz von 18 v. H. etwa 500 000 RM. je Vorstands- und Aufsichtsratsmitglied an Tantiemen zur Ausschüttung gelangen würden gegenüber je 160 000 RM. bisher.

Kommentar überflüssig.

Verteuerung und Geschäftsspionage durch den Schenker-Vertrag.

Der Verein Bremer Spediteure schreibt uns:

Zur Erläuterung der Wirkung des im übrigen in der Presse schon eingehend besprochenen Vertrages zwischen der Reichsbahn und Schenker u. Co. greifen wir heute nur zwei für die deutsche Geschäftswelt besonders wichtige, aber bislang noch nicht erörterte Punkte heraus:

1.) Verteuerung des Sammelladungsverkehrs.

In § 4 betr. Sammelgutverkehr wird unter Ziff. 3 der Fa. Schenker & Co. außer der Bahnfracht und ihrer sonstigen sämtlichen Auslagen, Gebühren und Nebenkosten, ein Zuschlag von sage und schreibe 50 Pfg. je 100 kg für allgemeine Geschäftsunkosten bewilligt. Das bedeutet, daß der Fa. Schenker & Co. von jedem 15-t-Waggon vorweg ein Nutzen von 75 Mk. verbleibt. Das macht für jede Million t ein Nutzen von je 5 Mill. Mk.

Die Reichsbahn bezeichnet den Anteil der Fa. Schenker u. Co. an dem gesamten deutschen Sammelladungsverkehr mit 30 Proz. Die Höhe dieses Anteils wird allerdings in allen Spediteurkreisen bestritten. Wie dem aber auch sei, soviel ist sicher, daß die Fa. **Schenker & Co.** schon durch ihren jetzigen Verkehr **einen von der Deutschen Reichsbahn garantierten Gewinn von vielen Millionen M.** aus diesem Vertrage ziehen würde, der sich durch das Zustandekommen des Monopols noch vervielfachen würde.

In dem gleichen Abschnitt des Vertrages wird eine Beteiligung der Reichsbahn von 20 Proz. des Brutto-Nutzens, mindestens aber 25 Pfg. je 100 kg vorgesehen. Dieser Nutzen ist aber nicht etwa in den eingangs genannten 50 Pfg. enthalten. Es ist vielmehr **noch ein weiterer Gewinn-Zuschlag vorgesehen,** aus dem der eben genannte Anteil der Reichsbahn gedeckt werden soll. Praktisch wird also mit einem gesamten Gewinn-Zuschlag von 50 Pfg. plus mindestens 25 Pfg., **also wenigstens 75 Pfg. je 100 kg** gerechnet, **der bei weitem den Verdienst übertrifft, der allgemein im freien Wettbewerb beim Sammelladungsvertehr erzielt wird.**

Hieraus geht klar und deutlich hervor, daß die Wirtschaft durch Verteuerung des Sammelgutverkehrs das bezahlen muß, was sie — allerdings in viel geringerem Maße — beim Rollgeld einstweilen erspart, nämlich bis zur Wiedererhöhung der betr. Sätze, wofür vorsorglich im § 2, Ziff. 10, schon die Möglichkeit gegeben ist.

Jeder muß sich fragen, **warum diese Verschiebung der Deckung kleiner Verbilligung des Rollgeldes durch die Verteuerung des Sammelladungsverkehrs?**

2. Geschäfts-Spionage.

Im § 5, Ziff. 2, werden die Fa. Schenker & Co. und die übrigen „gebundenen Speditions- und Fuhr-Unternehmungen" — das sind alle Firmen, die von ihr unterbeteiligt werden oder bei ihren Sammelverkehren beiladen und sich dazu den Bestimmungen des Vertrages „unterwerfen" — verpflichtet, „für den Güterverkehr der Reichsbahn zu werben. Zu der Werbung gehört insbesondere auch die **fortdauernde Beobachtung des gesamten Güterverkehrs.** Die Firma ist verpflichtet, **der Reichsbahn jede Güterbeförderung auf anderen Verkehrsmitteln mitzuteilen,** wenn es sich um Beförderung über 50 Klm. hinaus oder um regelmäßige Beförderungen bis zu 50 Klm. handelt. Die gleiche Verpflichtung haben die übrigen vertraglich gebundenen Unternehmungen der Firma gegenüber zu übernehmen."

Diese Bestimmung ist **nichts anderes als eine Verpflichtung zur Geschäfts-Spionage.** Sie dürfte als ein Verstoß **gegen die guten Sitten,** sowie gegen das Gesetz gegen den **unlauteren Wettbewerb** aufzufassen sein.

Wenn das Inkrafttreten des Vertrages nicht verhindert wird, so würde die **Fa. Schenker & Co.,** deren Inhaber **überwiegend Ausländer** sind — offenbar der Grund, weswegen im § 10, Ziff. 2, dieses Vertrages der Deutschen Reichsbahn noch ausdrücklich die Anwendung des deutschen Rechts festgelegt ist — eine **Machtfülle gegenüber der gesamten Wirtschaft erlangen, die für den ehrlichen Wettbewerb verheerende Folgen haben muß.**

SA-Ecke

An alle Groß- und Kleinhändler.

Ein Teil derselben hat sich in anerkennenswerter Weise bereit erklärt, an dem Hilfswerk teilzunehmen und laufend der

S.A.-Küche

Lebensmittel zur Verfügung gestellt. Da unsere Küche von **weiteren erwerbslosen Kameraden täglich immer mehr** in Anspruch genommen wird, bitten wir die an unserem Hilfswerk **noch nicht beteiligten Groß- und Kleinhändler um laufende Zuweisung von Lebensmitteln aller Art.**

Wir holen diese gern ab, bitten jedoch um telef. Nachricht unter Domsheide 20 012, Pelzerstraße 12/13, S. A.-Leitung.

Heil! Sta II W.-E.

Bremer SA. fährt nach Oldenburg.

Am Sonntag morgen um 6.30 Uhr fuhren die beiden Bremer Stürme mit 2 schweren Lastwagen mit Anhängern nach Oldenburg ab. Bei der Abfahrt war es noch duster, doch in Delmenhorst dämmerte es bereits. Hier schlossen sich die Kameraden vom Sturm 16 mit einem weiteren Lastwagenzug an, und so ging es durch den morgendlichen Sonntag nach Oldenburg. Mit dem Tageslicht wurden auch die einzelnen Kameraden munter und ein allgemeines Erzählen setzte ein: Weißt Du noch damals . . . ., Hast Du schon gehört . . . ., Wenn wir erst . . . ., das waren so die Hauptthemen, die man erörterte. Einige erzählten sich Witze, ab und zu wurde eins unserer Lieder angestimmt, und mancher Kamerad machte sich an Brotbeutel und Feldflasche zu schaffen! So verging die Zeit rasch und schon waren wir in Oldenburg.

Das Braunhemd beherrschte bereits die Straße: Zu Fuß, mit Rädern, Lastwagen, ja selbst mit Trekker-Lastzügen kamen die S.A.-Kameraden aus der Umgebung nach Oldenburg. Im Lindenhof versammelte ein Appell die einzelnen Stürme, auf dem der Brigadeführer Weser-Ems, Pg. Herzog-Oldenburg das Wort ergriff: „Wir wollen nicht wie Hörsing in Bremen die Massen zu Gewalttätigkeiten auffordern, sondern im Gegenteil, wir fordern Disziplinierung. Diese Disziplin wird es dann auch sein, die uns letzten Endes den Erfolg garantiert." Auf dem Sportplatz wurden anschließend vom Brigadeführer die neuen Sturmfahnen geweiht, darunter auch zwei Fahnen der Bremer Stürme 2 und 4. Anschließend führte uns ein Propagandamarsch quer durch Oldenburg. Voran der Musikzug der Oldenburger Sta. I, dahinter gleich nach den Führern die Bremer S.A., und dann weiter Kolonne auf Kolonne, 1000 Mann! In Osternburg sollte eigentlich eine kommunistische Gegendemonstration stattfinden, von der aber nichts zu sehen war. Die Pöbeleien verschiedener dunkler Gestalten fielen nicht ins Gewicht, so daß es zu keinen Zwischenfällen kam. Die Kommune macht eben sein Recht auf die Straße nur geltend, wenn sie in mehrfacher Uebermacht ist, wie neulich ja auch in Osternburg, wo sich ein ganzes Rudel Kommunisten auf einen einzelnen S.A.-Mann stürzte und ihn mit Backsteinen und Schlagwerkzeugen niederschlug. — Nach dem Propagandamarsch gab es Essen aus den Feldküchen der Oldenburger S.A. Mancher S.A.-Mann griff zwei- bis dreimal zu, kein Wunder bei den schön gekochten Erbsen mit Speck. Nach dem Essen spielte uns der Oldenburger Musikzug noch eine Zeit lang etwas vor und dann ging es an die Abfahrt. Beim Abschied stellte unter allgemeinem Jubel der Brif. noch einen Aufmarsch für Bremen in Aussicht. Die Rückfahrt war wieder recht gemütlich, ein ganzes Rudel von Kameraden betrieb das mit Recht allseitig so sehr beliebte Schinkenklopfen. Doch noch war kein Feierabend, in Bremen ging es runter vom Wagen, um den Sonntag noch zu einem zweiten Propagandamarsch zu benutzen. Am Eberthaus vorbei ging es in die Rathenaustraße hinein, zurück zur Meterstraße über Weserbrücke und Brill durch die Georgstraße zum Bahnhof. Eine dichte Menschenmenge begleitete den Zug der Braunhemden, und wir glauben auch hier gute Propagandaarbeitet geleistet zu haben.

Lu.

Berliner SA. fährt nach Mecklenburg.

Sternenklare Nacht, 5 Grad Kälte schon in der Stadt — das mag draußen erst schön werden! Lautlos werden die Affen auf dem Verdeck verstaut, lautlos klettert die S. A. in den Wagen. Lautlos, weil nicht mehr als 5 Leute in einem Lieferwagen fahren dürfen — Demonstrationsverbot! Der Truf. wütet, denn der Wagen ist zu klein. Wir melden uns zu 3 Mann auf das Verdeck. In Decken und Zeltbahnen eingehüllt liegen wir regungslos, denn die Polizei darf uns ja nicht entdecken. Mit der Gemütlichkeit hört es aber bald auf, weil wir direkt in einen eisigen Nordwind hineinfahren. Nach einer Stunde werden wir abgelöst, ein paar Schluck Korn machen uns im Wagen schnell wieder warm. Hier sitzen Kaufleute, Proletarier und Studenten nebeneinander. Jeder erzählt wie er zur SA. kam. Frühere Kommunisten und Reichsbannerleute sind dabei; Stahlhelmer, sogar ein Jungdo-Mann. Schnell vergeht so die Zeit, und im Quartier angekommen, legt sich jeder sofort ins Stroh. — Am nächsten Morgen werden wir wach durch unseren Freund Hanne, der strahlend verkündigt, 8 Teller Mehlsuppe erledigt zu haben. Vormittags ist Brigade-Uebung und Besichtigung, nachmittags Propagandamarsch. Mit blau gefrorenen Gesichtern und erstarrten Gliedern tritt alles an, aber jeder einzelne strahlt vor Freude: Wir tragen ja endlich einmal wieder das Braunhemd, das in Mecklenburg ja erlaubt ist. Zu schnell für jeden vergeht die Zeit, und nach herrlicher Fahrt durch verschneites Land umgeben uns wieder die grauen Riesenmauern der Häuser und Mietskasernen, aber jeder Einzelne erträgt seine Not leichter, denn er hat gesehen, wie draußen das Land zu uns steht, und wie stark und geschlossen die braunen Bataillone marschieren. Von neuem beginnt der gigantische Kampf um Berlin!

NSDAP Bremen.

Geschäftsstelle: Pelzerstraße 12/13.
Fernsprecher: Domsheide 20 012.
Geschäftszeit: 8.30 bis 20 Uhr durchgehend.
Postscheckkonto: Hamburg 79 121 Wilh. Mohrmann.
Ortsgruppenleiter: Pg. Kurt Thiele, M. d. R. (ist nur nach vorheriger Anmeldung nachmittags von 16.30 bis 18.30 Uhr zu sprechen.)

S.A. (Sturmabteilung).

Geschäftsstelle: Pelzerstraße 12/13.
Fernsprecher: Domsheide 20 012.
Geschäftszeit: 10 bis 14 und 16 bis 20 Uhr.
Sonnabends von 10 bis 14 Uhr.

Spielmannszug.

Kameraden, die Interesse am Spielmannszug haben und sich als Trommler und Hornisten (Pfeifer) zur Verfügung stellen wollen, melden sich auf dem Sta II Geschäftszimmer. Sta II, Bremen.

H.J. (Hitler-Jugend).

Geschäftsstelle: Simonstraße 25 II.
Fernsprecher: Roland 9980 (Früchtenicht).
Sprechst. des O.G.F. Sonnabend nachm. 17—19 Uhr.

Am Montag, den 2. März 1931, ist alles im kl. Centralhallensaal. Es spricht der Reichsführer der HJ.

Kurt Gruber, München.

Thema: **Jugend und Nationalsozialismus.**
Beginn der Versammlung wird noch bekanntgegeben.

N.S.S. (Nationalsozialistischer Schülerbund).

Geschäftsstelle: Pelzerstraße 12/13.

Musikgruppe des N.S.S.

Die Musikgruppe des N.S.S. braucht noch einige Kameraden, die bereit sind, mitzuarbeiten. Meldung an die Schulobleute oder an die Geschäftsstelle des N.S.S. Pelzerstraße 12/13.

Theatergruppe des N.S.S.

Zur Stellung von lebenden Bildern und Aufführungen werden noch Schüler und Schülerinnen gesucht. Uebungsstunden wöchentlich am Donnerstag nachmittag 5—6 Uhr in der Bachstraße (Kinderheim). Anmeldungen dort oder in der Geschäftsstelle des N.S.S. Pelzerstraße 12/13.

B.N.Z. (Bremer Nationalsozialistische Zeitung).

Geschäftsstelle: Bahnhofstraße 26 II.
Fernsprecher: Domsheide 25 878.
Geschäftszeit: 8.30—13 und 15.30—20 Uhr.
Postscheckkonto: Hamburg 74738.
Bankkonto: Sparkasse in Bremen.

Öffentliche Versammlung.

Die nächste öffentliche Versammlung findet am 27. Februar 1931 statt. Redner: Dr. Albrecht, M. d. R., kommissarischer Gauleiter von Mecklenburg.

Mitgliederversammlung.

In der am 20. Februar 1931 stattfindenden Mitgliederversammlung im großen Centralhallensaal, hält das Hauptreferat nicht Pg. Reinhard Sunkel.

Wir stehen noch in Unterhandlung mit einem anderen auswärtigen Pg.

Die gesamte Mitgliederversammlung ist somit als geschlossen zu betrachten und Gäste können diesmal leider nicht eingeführt werden. Eintritt nur gegen Ausweis.

Theatervorstellung.

Zu der am 5. März 1931, abends 8 Uhr, im Casino stattfindenden Theatervorstellung sind Karten auch an die Sektionsführer ausgegeben worden und können dort bezogen werden. — Es handelt sich um durchweg gute Plätze und es empfiehlt sich, bei diesen rechtzeitig Karten zu besorgen.

Unfrankiert im Streifumschlag in den nächsten Briefkasten werfen! Keine Angst, dann Bestellgeld übergeben

An die Zeitungsstelle des Postamts in

Vermerke der Post:

Bezugspreis ..... RM. Bezahlt am .....
Bestellgeld ..... „ Verweigert am .....
Zusammen ..... RM.

(Name des Beamten)

Sport in der B. N. Z.

Fußball in Bremen.

Wie steht es um die Meisterschaft?

Anfang März treten in Norddeutschland die besten Mannschaften zu den K.o.-Runden an, in die die Bezirke je nach ihrer Größe Clubs entsenden: Bremen zwei, Hamburg 5, Hannover 4 usw., zusammen 16, die in zwei K.o.-Runden dezimiert werden, von denen im Punktsystem der norddeutsche Meister ermittelt wird.

In Bremen nimmt bestimmt der **Bremer Sportverein** an der Meisterschaft teil, der mit 18 Punkten die Führung und auch schon mit 95%iger Sicherheit als Meister des Weser-Jadebezirkes anzusprechen ist.

Entscheidend dürfte das B.S.V.-Komet-Spiel am 25. Februar sein. Die Tabelle der Oberliga hat folgendes Aussehen, in Klammern die Gegner in den Schlußspielen:

Verein	Spiele.	Tore.	Punkte.
B.S.V. (Sportverein Komet)	12	43:22	18
Komet (B.S.V., Union)	12	26:19	16
Werder (Union, Sportfr.)	12	31:16	14
Polizei (Union)	13	32:39	13
Union (Komet, Polizei, Werder)	11	22:21	11
Br. Sportfr. (B.S.V., Leer, Werder)	11	17:18	11
1900-Delmenhorst (Leer)	13	17:29	7
Germania-Leer	12	26:41	6

Der bittere Abstieg in die Kreisliga, allerdings erst nach Kampf mit derem Meister, steht entweder 1900-Delmenhorst oder den Germanen in Leer bevor, beide hochzuschätzende Clubs, die in ihren Bezirken wertvolle Pionierarbeit leisten. Ihr 30jähriges Bestehen feierten die Delmenhorster in diesem Jahr, die sich durch ihre frische, kampffreudige Spielweise in Bremen einen großen Freundeskreis geschaffen haben, die es durch ihr Auftreten verdient haben, in der Oberliga zu bleiben.

Schwimmverein Weser, dessen Aktivität angenehm berührt, die große Sportgemeinschaft des Westens, veranstaltet am 28. Februar und 1. März ein **Wasserball**-Turnier unter Teilnahme von Stern-Hamburg und der bremischen Clubs.

Der Dresdener SC. in Bremen.

Anläßlich seines 25jährigen Bestehens beabsichtigt der Bremer Sportverein von 1906, der mehrmalige Bezirksmeister und Pokalsieger im Weser-Jade-Bezirk, ein großzügiges Programm. Eingeleitet wird die Jubiläumswoche am Sonntag, 29. März mit der Weihe des Gefallenen-Denkmals auf seinem Sportplatz an der Gustav-Detjen-Allee. Am Nachmittag folgt ein Blitzturnier der führenden Bremer Vereine Bremer S. V. Bremer Sportfreunde, V. f. B. Komet und Sportverein Werder. Am Gründonnerstag findet die offizielle Gründungsfeier in Form eines Herren-Abends statt., dem am Karfreitag mit dem Gastspiel des Dresdener S. C. mit dem Internationalen Richard Hofmann der Höhepunkt der Veranstaltung folgt. An den Osterfeiertagen soll die Jugend zu ihrem Rechte kommen, während am 2. Feiertag mit dem Festball die Festwoche abgeschlossen wird.

Turnen.

Klubkampf der Turner in Bremen.

In der Halle des MTV. v. 1875 wird am 22. Februar der im vorigen Jahre erstmalig vom Oldenburger Turnerbund veranstaltete Geräteklubkampf zwischen dem MTV. v. 1875, dem Oldenburger Turnerbund und Tv. Jahn-Wilhelmshaven seine Wiederholung finden. Alle drei Vereine stellen ihre bewährten Kunstturner, hier und da verstärkt durch jüngere Kräfte, und es sind ausgezeichnete Leistungen zu erwarten. Für den MTV. gilt es, zu beweisen, daß sein im Vorjahre errungener Sieg nicht nur Zufall war, und in seinem eigenen Heim sollte man ihm auch in diesem Jahre die meisten Siegesaussichten einräumen.

Rudern.

Anschluß auslandsdeutscher Rudervereine an den deutschen Ruderverband.

Nachdem schon der deutsche Ruderverein „Wiking Rowing-Club New-York" und der deutsche Ruderverein in Amsterdam dem deutschen Ruderverband als Mitglieder angehören, und auch die Verhandlungen über den Beitritt des deutschen Rudervereins in Valparaiso erfolgreich fortschreiten, beabsichtigt nun auch der deutsche R. V. in Zürich dem Verbande beizutreten. Die reichsdeutschen Ruderer begrüßen es freudig, wenn die Kameradschaftsbande zu den Auslandsdeutschen durch die gleiche Verbandszugehörigkeit noch enger geflochten werden. Der Arbeit der Sportverbände am Wiederaufstieg unseres Volkes und Vaterlandes kann solche engere Verbundenheit nur nützen.

Tennis

100 000 Mitglieder im Deutschen Tennisbund.

Der Deutsche Tennisbund hat jetzt seinen Bericht über den Verlauf des Jahres 1930 veröffentlicht. Aus ihm interessiert in erster Linie der Mitgliederbestand, der wieder einen erfreulichen Zuwachs zu verzeichnen hatte. So ist die Zahl der dem D. T. Bd. angeschlossenen Verbände, Vereine und Turniervorstände von 978 im Jahre 1929 auf 1053 im Jahre 1930, mithin also um 75 gestiegen. Die Gesamtzahl der dem D. T. Bd. angeschlossenen Tennisspieler wuchs von 97 431 im Jahre 1929 auf 98 668 im Jahre 1920, mithin um 1237. Erfreulich und erstaunlich zugleich ist, daß trotz aller wirtschaftlicher Not auch die Zahl der Tennis-Jahre 1929 auf 98 668 im Jahre 1930, mithin um auf je 25 Mitglieder ein Platz kam, so steht nach den letzten Erhebungen nunmehr im Durchschnitt bereits für je 24 Mitglieder ein Platz zur Verfügung.

Tennis wird Volkssport.

Das alte Vorurteil, daß das Tennisspiel ein Sport der gutsituierten Klassen ist, ist glücklicherweise immermehr im Schwinden begriffen. Gerade im Weser-Jade-Bezirk macht sich seit einiger Zeit ein lebhafter Aufschwung des Tennissports bemerkbar. Konnte vor wenigen Monaten in Bremen eine ganze Reihe neuer Tennisplätze der Oeffentlichkeit übergeben werden, kommen jetzt immer neue Meldungen über Neugründungen von Tennisvereinen. Vor kurzem hat sich in Wilhelmshaven ein neuer Tennisverein unter dem Namen Jade-Tennisgesellschaft etabliert. Am kommenden Sonnabend wird, wie wir aus Varel erfahren, ein neuer Tennisklub gegründet werden. Die Spielplätze, die sich in der Friesischen Wede befinden, sind bereits gesichert. Es ist zu erwarten, daß im kommenden Sommer der Tennissport wieder ein gutes Stück Boden auf seinem Wege zum Volkssport erobern wird.

Wintersport.

Rodel, Bob, Eishockey im Harz.

Der Bezirk 4 (Nordwestdeutschland) des Deutschen Rodelbundes veranstaltete am Sonntag in Schierke seine Rodel-Mannschaftsmeisterschaft. Sieger wurde die Mannschaft Bad Sachsa mit der Gesamtzeit 14:40 für 8 Fahrten zu je 1500 m. Die Schierker Kunstmeisterschaften im Vierer- und Zweierbob wurden im Viererrennen von Bob „Luis" (Führer Bohlmann, Bremser Kahmann, Schierke) in 3:18,6 für 2 mal 1850 m, im Zweierbobrennen von „Hackelberg" (Gebr. Winkel, Schierke) in 3:42,6 gewonnen. Die Vierer- und Zweierbobrennen um das „Grüne Band vom Bocksberg" in Hahnenklee brachten den Hannoveranern Wiese (Führer) und Hopfe (Bremser) im Viererbob mit „Bisbo" in 2:1,7 für 2 mal 1000 m und im Zweierbob mit „Pohlchen" mit 2:10,7 einen Doppelerfolg. Im Zweierbob-Rennen stellten sie mit 1:5 auch einen neuen Bahnrekord auf.

Sport und Sport ist zweierlei.

Dem Zwang gehorchend . . .

Unter Androhung der Suspendierung von allen noch ausstehenden Meisterschaftskämpfen seitens des Verbandes Brandenburgischer Ballspielvereine haben sich jetzt Hertha/BSC. und Südstern bequemt, die Einnahmen aus dem seinerzeitigen „Wohltätigkeitsspiel" zugunsten der Witwe Haseloff an Frau Haseloff abzuführen. Eine für die Berliner Vereine sehr beschämende Angelegenheit hat damit ihre Erledigung gefunden.

E. Czech-Jochberg

Bislur

Eine deutsche Bewegung

„In erschütternder Eindringlichkeit zeigt der Verfasser, wie aus bitterer Jugend und hart erkämpften Erkenntnissen das Wissen und Wollen unseres Führers zu der großen Mission aufwächst." Völkischer Beobachter, München

Das deutsche Buch!

In jed. Buchhandlung erhältlich · Prospekte kostenlos · kart. RM 2.85, geb. RM 3.90

GERHARD STALLING, OLDENBURG I. O.

Für den Inhalt verantwortlich Kurt Thiele, M. d R., Bremen
Druck und Verlag Ad. Ifensee, Oldenburg. Fernsprecher 4134

Der Bestellschein für den Werber!

Bestellschein

(Stammkarte erwünscht.)

Unterzeichneter bestellt hiermit ab:

Bremer national-sozialist. Zeitung

(Verlagsort Oldenburg (Oldb.)) — 80 Mk. und 0,12 Mk. Bestellgeld

und bittet, den Bezugspreis von monatlich durch den Briefträger erheben zu lassen.

Vor- und Zuname: .....

Wohnort: .....

Straße und Hausnummer: .....

Unfrankiert in den Briefkasten werfen oder besser dem Briefträger übergeben.

Berufst Euch beim Einkauf auf unsere Zeitung!

Stadttheater.

Heute 19.30 Uhr, **115. Ab.-Vorst.** Ende ungef. 23 Uhr
In der Neueinrichtung von Prof. Max Reinhardt.
Die Fledermaus
Donnerstag 20 Uhr, **116. Ab.-Vorst.** Ende ungef. 22.30.
Erster Abend im Wagner-Zyklus: Der Ring der Nibelungen
Das Rheingold
Freitag, 19.30 Uhr, **117. Ab.-Vorst.** Ende ungef. 22 45.
In neuer Einstudierung:
Der Barbier von Sevilla
Komische Oper von Rossini.
Sonnabend 18.30 Uhr **118. Ab.-Vorst.** Ende ungef. 23 Uhr
2. Abend im Wagner-Zyklus:
Der Ring der Nibelungen:
Die Walküre

KLEINE ANZEIGEN

Dieser Raum steht stellenlosen Pg. zu dem niedrigen Preis von 50 Pfg. für 20 mm für Stellengesuche zur Verfügung. Erwerbslosen-Karte gilt als Ausweis. Als Ausdruck unseres Willens zur tatkräftigen Bekämpfung d. Erwerbslosigkeit gewähren wir auf Stellenangebote nach Entscheidung der Redaktion Nachlaß laut Tarif.

Zu vermieten.

Möbl. Zimmer groß freundl., zwei Betten. **Unterstraße 4** ab Haferkamp

Unterricht.

Engl. Unterricht (Auslandsprofis) **Hermann Ernst** Kölnerstraße 58.

Stellengesuche

32-jähr. **Kaufmann**, durch schlechte Wirtschaftslage arbeitslos, sucht Stellung. Angeb. unt. Z. 38 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Pg. durch jüdisch. Einfluß i. Stellung als Geschäftsführ., sucht, da Not im Verzuge, sof. Beschäftigung im Büro od. Außendienst. Angeb unter Y 37 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Kaufmann, 35 Jahre, verh., strebsam und solide, sucht **Stellung als Lagerist**
Vertreter oder dergleichen.
Angebote unter A. 39 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Hausfrauen! Warum quälen? Komme mit Staubsauger! **Zeller, Wiesbadenerstrasse 24.**

Blumen Görres
Landwehrstr. 141.
Fernruf: Roland 1963.

Mobilmachung!!
Gegen **Wohnungsnot u. Zinswucher!**
Wir geben zinslos Geld für Hypoth.-ablös., Neubauten, Si-dlungen, Hausk.
Baufpar A.-G. Bremen
Ausk.: Stadtkontor Altenwall 4 F. D. 23830 Gesch.: 9—12 u. 16—20 Sonnabends 9—14

Der Friseur
Pg. Joh. Benecke
Bachstr. 54
ist gut u. billig!

Werbt neue Bezieher!!

die Zeitlupe
Bolschewistisch-satirische Wochenschrift



Die aktuelle Kampfzeitschrift gehört in jede deutsche Familie!
Preis pro Heft 30 Pfg. frei Haus.
Abonnements-Bestellungen nur bei der Bremer Nat.-soz. Zeitung, Bahnhofstr. 26

Bestellschein!
Ich bestelle hiermit bei der Bremer Nationalsozialistischen Zeitung **„die Zeitlupe"** im Abonnement zur wöchentlichen Lieferung in Einzelberechnung mit je 30 Pfg.
Name .....
Ort .....
Straße .....

Bremer Nationalsozialistische Zeitung. 1. Beilage

18. Februar 1931

Aus Bremen Stadt und Staat

Die SPD. macht Witze.

Nachstehend geben wir einen kleinen Ausschnitt aus der Bürgerschaftssitzung vom letzten Freitag zum Besten. Es handelt sich um die Beratung über Krankenversicherung oder Krankensteuer.

Heinks (Kom.) weist auf die verschiedenen Anträge hin, die den Zweck verfolgten, die Auswirkungen der Notverordnung rückgängig zu machen. Es handele sich hier um eine Angelegenheit, die die breitesten Volksschichten betreffe.

Coorßen (Natsoz.) beantragt: „Die Bürgerschaft wolle beschließen, den Senat zu beauftragen, von der Reichsregierung die Außerkraftsetzung der Paragraphen 182a und 187b der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. 7. 1930 betreffend Erhebung einer Krankensteuer zu fordern."

Eckermanns (Soz.) meint, seit Einreichung des Antrages hätten sich allerlei Veränderungen eingestellt, vor allem nach der Notverordnung des Reichspräsidenten. (Zuruf Thiele (Natsoz.): „Ihre Partei hat die Notverordnung doch angenommen.") Die Krankenschein- und Rezeptgebühr sei höchst unzweckmäßig. Dem Antrag Heinks könne seine Fraktion nicht zustimmen; sie stelle folgenden Antrag: „Der Senat wird beauftragt, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß die Krankenscheingebühr und die Rezeptgebühr gemäß §§ 182a und 187b der Notverordnung vom 26. 7. 30 (RGB. I/311) aufgehoben, ferner der § 205 Abs. II wie folgt geändert wird: „Die Satzung kann auch bestimmen, daß bis zu 100 v. H. der Kosten der Arznei usw. erstattet werden können."

Prof. Dr. Dietz (DVP.): Die Angelegenheit sei eine reine Reichssache. Die Anträge träfen nicht das richtige, seine Fraktion werde ihnen die Zustimmung versagen müssen.

Wenhold (Staatsp.) stellt die schwierige Lage der Krankenkassen heraus und betont, daß seine Fraktion nichts tun werde, was die Verordnung des Reichspräsidenten erschüttern könne.

Der Antrag Eckermanns wird mit den Stimmen der Nationalsozialisten angenommen. Der Antrag Heinks verfällt der Ablehnung.

Einen glänzenderen Witz konnten sich die SPD.-Genossen wirklich nicht leisten, wenn man bedenkt, daß es ausgerechnet Herr Genosse Lehmann war, der für diese fabelhafte Erfindung der Besteuerung Kranker verantwortlich zeichnet und die entsprechende Notverordnung doch nur mit Hilfe der SPD. angenommen wurde. Aber ganz gut so, auf diese Weise entlarven sich diese Arbeiterverräter selbst.

Weitere Entlassungen in der Tabakindustrie.

2000 Tabakarbeiter freigesetzt.

Bremen, 16. Februar. Am 15. d. Mts. ist die bremische Tabakindustrie zu weiteren Arbeitseinschränkungen als Folge der neuen Tabaksteuerbelastung geschritten. Die Gesamtzahl der freigesetzten Arbeitskräfte in den bremischen Betrieben, vornehmlich der Rauchtabakindustrie, seit Inkrafttreten der neuen Steuer beträgt rund 2000 Personen. Entlassen sind auch etwa 150 Angestellte dieser Betriebe.

Weitere kommunistische Hetze im Bremer Hafen.

Beunruhigung unter den Seeleuten.

Bremen, 17. Februar. Nachdem die kommunistischen Versuche unter den Hafenarbeitern einen wilden Streik zu beginnen, erfolglos geblieben, und mit dem Abschluß des Tarifvertrages auch weitere Aussichten hierfür nicht vorhanden sind, haben die kommunistischen Drahtzieher sich an die Seeleute herangemacht, um diese vor ihren Wagen zu spannen. Schon am Sonnabend hatte eine Seeleute-Versammlung stattgefunden, die beschloß, eine Abordnung nach dem Bremer Arbeitsamt zu entsenden, um dort gewisse Forderungen durchzudrücken, zu denen in der Hauptsache eine Verlegung der paritätischen Heuerstelle in „menschenwürdige Räume" gehört. Während nun die Abordnung heute vormittag beim Arbeitsamt war, sollte die Hauptmacht der Seeleute die paritätische Heuerstelle in der Hafenstraße besetzt halten. Tatsächlich sammelten sich etwa 100 bis 120 Seeleute in dem Haus der paritätischen Heuerstelle an. Sie versuchten durch Lärmen und Johlen ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Es wurde Schutzpolizei eingesetzt, die die Ansammlung der Seeleute teilweise mit dem Gummiknüppel zurückdrängte. Im Hafen geht die Arbeit ihren normalen Gang.

Patentbericht. (Mitgeteilt durch Patentingenieur Otto Fritsch, Bremen, Klosterstr. 2/5, Eschenhof.) — Patentanmeldungen. (Gegen die Erteilung kann noch innerhalb von zwei Monaten Einspruch erhoben werden.) — Kl. 21a 1, 2. P. 60565 Heinz Pein, Bremen, Kohlhöckerstr. 8. Sender für Schreibtelegraphen mit Kurvenscheiben als Steuerorgane; Zus. z. Pat. 427553. 14. 6. 29. — Kl. 45c 24. K. 110362. Friedrich Klatte, Arsten 56, b. Bremen, und Ernst Bartsch, Arsten 51, b. Bremen. Haspel für Grasmäher. 20. 7. 28. — Kl. 45h, 15. L. 28. 30. Emil Lohwasser, Delmenhorst i. Oldbg., Ruthorner Str. 48. Brut- und Schlupfapparat. 30. 1. 30. — Patenterteilungen. (Nur durch Nichtigkeitsklage anfechtbar). Kl. 2b, 7.516267. Wilhelm Rinau, Bremen, Hemmstr. 210. Verteilervorrichtung zur Zuführung der von einer Wirkvorrichtung kommenden, einem Langroller in der Förderrichtung versetzt zuzuführenden Teigstücke. 16. 11. 28. R. 76288. — Kl. 6d. 2.516458. Oskar Kary, Bremen, Fitgerstr. 40. Pasteurisierapparat. 5. 6. 28. K. 109726. — Gebrauchsmustereintragungen. (Nur durch Löschungsklage anfechtbar). — Kl. 34c 1 152 298. Eduard Paul Thon, Bremen, Herderstr. 49. Fensterputzapparat. 9. 12. 30. T. 1590.30. Kl. 63c 1 151 780. „Rembrandt" Karosseriewerke A.-G., Delmenhorst, Aufbau für Kraftfahrzeuge, insbes. Omnibusse o. dergl. 23. 6. 30. R. 1868.30. — Kl. 81c. 1 152 089. Walter Genrich, Tüstringen i. O., Adolfstr. 8. Hebel zum Entleeren von Tuben. 27. 11. 30. G. 2940.30.

Beitragsermäßigung bei der Krankenkasse des D. H. V.

Deutschnationale Krankenkasse (D.H.V.) In der Sitzung des Aufsichtsrates der Deutschnationalen Krankenkasse am 25. Januar sind die Vorschläge des Kassenvorstandes für eine weitere Beitragsermäßigung beschlossen und daneben die Satzungsbestimmungen der zweiten Notverordnung angepaßt worden. Die neue Beitragsermäßigung wird durch die starke Senkung des Beitrages für die Familienversicherung besonders den verheirateten Kollegen zugutekommen.

Die neue Beitragstabelle und die übrigen Satzungsbestimmungen werden alsbald nach Genehmigung durch das Reichsaufsichtsamt in Druck erscheinen. Die neuen Beitragssätze treten ab 1. März in Kraft. Weitere Auskünfte erteilt die hiesige Geschäftsstelle, am Wall 179/80, Fernsprecher 24627 / 26430.

Arbeiterbildungsausschuß.

Ueber die Aufgaben des Arbeiter-Bildungsausschusses gibt uns eine Einführung zu dem romantischen Schauspiel „Das Käthchen von Heilbronn" von Heinrich von Kleist, Aufklärung. Der A.B.A. muß gleich zu Anfang bekennen: ein von echtem deutschen Wesen durchströmtes Schauspiel. Er entgleist jedoch am Schluß zu einer unglaublichen Verhöhnung aller deutschen Frauen.

Er erklärt nämlich mit echt marxistischer Dummheit: Wie viele haben mit Inbrunst Nazis gewählt, die in der Frau doch nur die Magd des heldischen (d. h. großschnauzigen) Mannes sehen. Es muß doch schon wüst in den Gehirnen dieser Herren aussehen, daß man diese alte abgedroschene Phrase in Zusammenhang mit einem Schauspiel bringt. Wir haben jetzt allerdings auch eine Erklärung dafür, warum sich diese marxistischen Großsprecher als Helden fühlen.

Es wäre besser, man hätte diese Art Bildung für sich behalten und nicht versucht, mit der eigenen Dummheit andere dumm zu machen.

Haben die Bremer Versuchsschulen noch Daseinsberechtigung?

Als im Jahre 1920 die erste Bremer Versuchsschule unter Leitung von Heinrich Scharrelmann gegründet wurde, entband die Schulbehörde das Kollegium von der Verpflichtung auf Lehr- und Stundenplan. Selbstverständlich konnte das nur den Sinn haben, den Versuchsschullehrern Bewegungsfreiheit zu geben, um unbehindert, nur vom pädagogischen Erleben aus, einen besseren Lehrplan zu finden, so daß schließlich das ganze Schulwesen von der Versuchsschule aus hätte befruchtet werden können. Und nur aus diesem Gedanken heraus hat sich Scharrelmann auch seinerzeit zur Führung der Versuchsschule bereit erklärt.

Je mehr Scharrelmann nun aber auf positive pädagogische Leistungen hindrängte, desto mehr kühlte die Mehrheit des Kollegiums gegen ihn ab. Und schon nach einem Jahre mußte Sch. erleben, daß ihm die Majorität linkspolitischen Zielen zuliebe — davonlief. Und das war bei dem geltenden demokratischen Unsinn für die meisten entscheidend, zumal sie den Führergedanken durchaus ablehnten. Pädagogisch nahmen die Marxisten und ihre Mitläufer von Scharrelmann an, was sie begreifen konnten. Das heißt, davon nur wieder das, was sich in das marxistische Programm hineinbauen ließ. Und was für fadenscheinige Begründungen wurden dann für die Trennung konstruiert! Nur die wirklichen Gründe nannte man nicht: Scharrelmanns Zielstrebigkeit, sein heißes Bemühen, die geistlose Drillerei von früher durch einen gemütvollen, religiös unterbauten Unterricht zu ersetzen und statt des üblichen Stofflehrplanes einen Ideenplan zugrunde zu legen.

Die Mehrheit unter Führung von Aevermann—Paulmann trennte sich ab, gründete eine eigene Versuchsschule (jetzt a. d. Helgoländerstraße), die heute in Lehrer- und Elternkreisen allgemein als die Schule für stramm marxistisch orientierte Familien gilt. Diese Linkstendenz herrscht auch in der dritten Versuchsschule (a. d. Staderstraße). Sie wurde zuerst von dem Lehrer Rausch geleitet. Auch den hat man hinausbugsiert, weil er nicht genug Parteimensch war (Das steht natürlich nicht in den Akten!)

Scharrelmann ergänzte dann sein Kollegium neu. Aber wieder lief der Kurs nach links. Scharrelmann wurde 1925 endgültig hinausgedrängt. Und jetzt steht nach meiner letzten Information an Ort und Stelle (vor etwa zwei Monaten) das Kollegium dieser Schule (a. d. Schleswigerstraße) noch radikaler marxistisch als 1925.

Man lehnt den Gedanken des Führertums entschieden ab! Das hat man mir klipp und klar erklärt und weiter: Man will kein für das ganze Kollegium verbindliches Erziehungsziel. Im Anschluß an diese Erklärungen betonte der Schulleiter (Fehse): Ich bin Sozialist! (gemeint ist natürlich Sozialdemokrat.)

Es liegt auf der Hand, daß bei solchen anarchischen Zuständen der begabte Schüler (vom reinen Wissensstandpunkte aus gesehen) vorwärts schießt. Der Mittelmäßige verdummt, der Unbegabte bleibt dumm. Wie es mit der Charakterbildung aussieht, darüber brauche ich weiter nichts zu sagen, denn schließlich bilden die Schüler einer Anstalt immer mehr oder weniger das Spiegelbild des Lehrkörpers. Nur dem Marxisten können die Erziehungsfrüchte der Versuchsschulen von heute gefallen.

Typisch ist auch die Stellung der Versuchsschulen zum positiv-christlichen Religionsunterricht. Man möchte lieber „Lebenskunde" geben. Und da nutzt man die allgemeine Ablehnung des alten intellektualistischen „Religions"-Unterrichtes von anno Tobak bei den Eltern aus:

„Nicht wahr, davon habt ihr doch die Nase voll? Also — weg mit dem Religionsunterricht!"

Da müßte man auch Erdkunde, Geschichte, Rechnen, Lesen und Schreiben abschaffen, denn diese Fächer wurden früher einmal mit gleicher Geistlosigkeit gedrillt und dem Kinde verekelt. Da sagt man aber: Besser machen! Erlebnisunterricht her! Warum nicht auch her mit dem christlichen Erlebnisunterricht? Ja, das paßt eben nicht zu dem ganzen weltanschaulichen Kurs dieser Herren, paßt nicht in das marxistische System hinein!

Ueber die vielen Mängel in der Versuchsschularbeit sucht man die Oeffentlichkeit hinwegzutäuschen durch viel Geschrei und viel Betrieb. Tischlern, Kleben, Pappen, Weben usw.! Für alles Mögliche sind besondere Arbeitsgemeinschaften gebildet worden. Dann erreicht man in diesem äußerlichen Tun mit dafür besonders begabten Kindern Spitzenleistungen, und dann geht's los: Das wird photographiert, beschrieben und ausgestellt für das Kollegium, für die Eltern, für die ganzen bremischen Lehrer (Einladungen an die Kollegien) und für die Oeffentlichkeit (Zeitungsanzeigen). Seht! So etwas hat doch die Normalschule nicht aufzuweisen!

Freilich, die wertvollste Arbeit, die stille, tiefgehende Arbeit an der Seele des Kindes, das religiöse, seelsorgerische Wirken, läßt sich nicht photographieren und ausstellen.

Gewiß, Lernergebnisse kann man ja ermitteln.

Wie wohl da die Versuchsschulen abschneiden würden im Vergleich mit der Normalschule?

Walter Kreikemeyer.

Zur Angestelltenkammer-Wahl.

von Adolf Nielsen, Kreisvorsteher des DHV.

Im März findet wieder eine Wahl zur Angestelltenkammer statt. Erneut müssen die Angestellten Stellung zu einer Institution nehmen, die mit der Arbeiterkammer verkoppelt in der Bremer Verfassung verankert ist. Ihre Aufgabe ist umrissen durch den Paragraph 1 des Bremer Angestelltenkammer-Gesetzes: Die Angestelltenkammer dient der Förderung der wirtschaftlichen und kulturellen Interessen der bremischen Angestellten. Sie ist berufen, auf alles, was den bremischen Angestellten wirtschaftlich oder kulturell dienlich sein kann, ihr Augenmerk zu richten, darüber zu beraten und dem Senat auf seinen Antrag oder auch unaufgefordert gutachtlich zu berichten, wie auch die ihr zur Förderung ihrer Aufgaben angemessen erscheinenden Maßregeln bei den zuständigen Behörden zu beantragen. Ueber alle die Angestellten betreffenden Gesetze wird vor deren Erlaß die Kammer zu einem Gutachten veranlaßt." Gewiß, es ist außerordentlich wichtig für die Angestellten, daß zumindestens eine Stelle besteht, die Gutachten erstatten kann, wenngleich darüber kein Zweifel bestehen darf., daß die Kaufmannsgehilfen höchst unbefriedigt bleiben müssen von einer so geringen Einwirkungsmöglichkeit. Der D. H. V. hat stets die Auffassung vertreten, daß es das Ziel eines vorwärtsstrebenden Berufsstandes sein muß, dessen Glieder heute überall mitverantwortlich innerhalb der Wirtschaft wirken, eine paritätische Mitwirkung der Kaufmannsgehilfen in der Handelskammer zu erreichen. Zweifelsohne wären Einwirkungsmöglichkeiten auch für die Angestelltenkammer in größerem Maße zu schaffen, wenn innerhalb der Angestelltenkammer eine einheitliche, positive Einstellung zu den Wirtschaftsproblemen zu erreichen sein würde. Die unüberbrückbare Kluft, die zwischen den marxistischen Angestelltenverbänden und dem nationalen DHV. sich auftut, schafft jedoch in den grundlegenden Fragen meistens nur Kompromißlösungen, verhindert das Beschreiten neuer Wege, lähmt die Durchsetzung der klaren, berufsständisch durchdachten Ideen dieser größten Angestelltengewerkschaft in Bremen. Wenn die nationalen Angestellten in Bremen erkennen würden, daß es ihre Aufgabe sein muß, aus der Angestelltenkammer eine Stätte positiver Arbeit zu machen, dann muß die Wahl zur Angestelltenkammer eine hoffnungslose sozialistische Minderheit ergeben. Die Bedeutung der sozialistischen Angestelltenverbände wird in Bremen meistens wesentlich überschätzt. So hat z. B. der sich jetzt eindeutig zur Sozialdemokratie bekennende Zentralverband der Angestellten in Bremen 1771 Mitglieder, von denen über 800 weibliche sind. Wenn man berücksichtigt, daß alle Konsumvereinsangestellten zwangsweise Mitglied im Z. d. A. sein müssen und die roten Hochburgen, Ortskrankenkasse und Arbeitsamt, ebenfalls eine erhebliche Anzahl stellen, dann ist es nicht schwer auszurechnen, daß der Z. d. A. unter den männlichen kaufmännischen Angestellten kaum 100 Mitglieder erreichen wird. Demgegenüber zählt der DHV. allein in Bremen 3371 Mitglieder. Der Z. d. A. ist also völlig bedeutungslos und spielt für die kaufmännischen Angestellten keine Rolle mehr. Der Z. d. A. und mit ihm die freigewerkschaftlichen Angestelltenverbände ernten die Saat ihrer angestelltenfeindlichen marxistischen Politik. Stets, wenn es sich um eine Forderung der An-

gestellten handelt, die nicht vom Proletariat begutachtet und genehmigt ist, finden wir die freigewerkschaftlichen Gewerkschaften als Gegner auf dem Plan. Ob es sich um die Angestelltenversicherung handelt, deren Vermögen man gern mit dem nicht vorhandenen Vermögen der notleidenden Invalidenversicherung verschmelzen möchte oder ob es sich um die Frage der Ersatzarbeitslosenkassen handelt, immer finden die Angestellten als Gegner die marxistischen Verbände. Es bleibt eben dabei, daß die Forderungen des DHV. nach Standesfreiheit, seine Auffassungen von Berufspolitik, sein Eintreten für die Freiheit der Nation auf den schärfsten Widerstand der Sozialisten stoßen, weil der DHV. nicht Masse, sondern Gliederung unseres Volkes will. So wird auch in diesem Wahlkampf sich der Kampf der Roten vornehmlich gegen den DHV. richten. Er war es, der in den entscheidenden Jahren um 1900 eine Verproletarisierung der kaufmännischen Angestellten verhindert hat, er ist es auch heute noch, der trotz aller gewerkschaftlicher Haltung und seines scharfen Eintretens für die sozialen Belange der Angestellten die Wirtschaft bejaht, der durch ein ausgebautes Bildungswesen den Angestellten Aufstiegsmöglichkeiten schaffen will, der den Stand und nicht die Eingliederung in das Proletariat für die Kaufmannsgehilfen will. Die nationalen Angestellten werden gern das Opfer der Stimmabgabe bringen, um der nationalen, berufsständischen Kammer das Feld zu ebnen.

Kommunistische Schmierfinken.

Am 11. Februar 2.30 Uhr morgens wurde das Haus des S. A.-Mannes Deeke, Lesumerstr. 9 von 4 Kommunisten mit Teer beschmutzt. Die Haustür und Fenster waren mit Hakenkreuzen bemalt, wodurch die Holzrahmen und Wände total verschmiert wurden. Auch eine politische Beschäftigung.

Ein Brief.

Huchting, den 15. Hornung 1931.

Sehr geehrter Herr Professor!

Ich bekenne mich zu Ihrem Brief vom 10. d. M. und danke Ihnen für das mir persönlich entgegengebrachte Vertrauen.

Ich begreife sehr wohl, daß nationale Männer heute einen „politischen Jammer" haben. Wenn Sie aber der Meinung sind, daß Ihr Jammer seine Ursache in dem Wirken der NSDAP. oder ihrer Führer hat, so muß ich Ihnen erwidern, daß Sie diese Meinung nur durch völlig falsche Unterrichtung gewonnen haben können.

Unsere Bewegung und ihre Führer stehen himmelhoch über dem unsauberen Geschwätz der bürgerlichen auch nationalen Presse. Maßgebend sind nicht die sich objektiv gebenden Ergüsse und Berichte dieser Presse, kurz das geschriebene — oder auch gesprochene — Wort irgend eines auch-nationalen oder jüdischen Literaten oder Politikasters, sondern die grauenhaften Tatsachen unserer Volksnot in politischer, kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht. Für uns spricht die Tatsache, daß es uns und nur uns gelungen ist, der verschütteten deutschen Seele wieder Frühlingssonne und damit Lebenshoffnung gegeben zu haben. Für uns spricht der Blutzoll tausender Verwundeter und rund hundert Toter. Nicht wahr, Herr Professor, darin werden Sie mir doch wohl zustimmen, daß ein Mensch mit gerradem Sinn nicht wird behaupten wollen, daß sich hundert Menschen aus reiner Lust an Schlägereien, also genau genommen zum Vergnügen auf bestialischste Weise niederstechen, — schießen oder totschlagen lassen. Und wenn es heute Richter in Massen gibt, die unsere Parteigenossen in die Kerker dieser Republik werfen, weil sie sich notwehrten, gleichzeitig aber kein oder nur ein geringes Interesse zeigen, die Angreifer und Mörder zu fangen und gerecht zu richten., wenn die Nutznießer dieses Systems als politische und wirtschaftliche Hasardeure aus schrankenloser Hab- und Machtgier sich über die Grundrechte des Volkes hinwegsetzen, wenn eine Herde sogenannter von allen ehrlichen Geistern verlassener Volksvertreter sich in Beschimpfungen, Verleumdungen und Haßausbrüchen — gar noch in der Maske sittenstrenger Biedermänner — tagtäglich ergeht, wenn durch die Herrschaft der Zahl in diesem System alles Unsittliche über das Sittliche triumphiert und Orgien der Hölle feiert, dann, sehr verehrter Herr Professor, sind scharfe Worte — auch wenn sie gelegentlich den Tatbestand einer formalen Beleidigung enthalten, — nie und nimmer unsittlich oder bedauerlich. Wer schili die Gans, weil sie durch Schnattern lauten Protest erhebt noch im letzten Augenblick, ehe der Fuchs ihr die Gurgel durchbeißt!? Nein, Herr Professor! „Politischer Jammer" sollte die nationalen Männer der alten Generation ob der Erkenntnis erfassen, daß sie es waren, die vor lauter Bildung und Humanität den echten Freiheitsbegriff verloren hatten und aus falsch verstandenem Freiheitsbegriff dem Anti-Nationalen, dem Anti-Sozialen, dem Anti-Religiösen, kurz dem leibhaftigen Teufel zur Herrschaft über unser Volk verholfen haben. Wenn einer meiner Parteigenossen — sei es der erste oder der letzte — auf der Anklagebank sitzt, so darf man nie vergessen, daß der wahre Schuldige das nationale Bürgertum ist, das rund drei Generationen die Herrschaft im Staate, d. h. die verantwortliche Führung unseres Volkes in der Hand hatte, unter welcher Führung der Anti-Christ nicht etwa in die Unterwelt oder nach Palästina gepeitscht wurde, sondern unter der er in Gestalt des Händlers, Kaufmanns, Kommerzienrates, Juristen, Bankiers, Politikers, Proletarierführers, gleich ob beschnittener oder unbeschnittener Logenbruder usw. die nicht nur nicht behinderte sondern geradezu bundesbrüderlich geförderte Möglichkeit fand, sein höllisches Reich in die herrlichen Gefilde unseres Vaterlandes planmäßig zu verlegen.

Ich habe Ihnen so offen und ehrlich geantwortet, wie Sie wohlmeinend und in bester Absicht mir geschrieben haben. Sollte es mir gelungen sein, Sie davon zu überzeugen, was es mit dem geflissentlich verbreiteten Gerede von der „politischen Ungezogenheit" nationalsozialistischer Führer auf sich hat, so gedeiht dieser Briefwechsel zum Segen. Da es gleich Ihnen hier in Bremen und Umgebung noch viele gute Deutsche gibt, die genau so falsch unterrichtet sind, erlaube ich mir, diesen meinen Brief — ohne Nennung Ihres Namens — in unserer „Bremer Nationalsozialistischen Zeitung" zum Abdruck zu bringen.

Mit deutschem Gruß! Ihr gez. Kurt Thiele.

Eingesandt.

(Die Schriftleitung übernimmt nur die preßgesetzliche Verantwortung.)

Zur Aufklärung.

Zu dem Artikel „Lâiber als maître de plaisire" in unserer vorletzten Ausgabe schreibt uns Herr Parge vom Stadttheater:

Der in Nummer 8 Ihrer Zeitung erschienene Artikel betreffs der künstlerischen Tätigkeit der Bühnenmitglieder außerhalb des Theaters gibt mir Veranlassung, Sie um folgende Richtigstellung zu bitten.

Der Artikel ist mit A. S. unterzeichnet. Das ist Herr August Schäfer, der einzige hier auf dem Arbeitsamt engagementslos gemeldete Artist. Herr Sch. hatte zur Klärung dieser Angelegenheit zum 21. Januar eine Versammlung einberufen. Eingeladen waren die Vertreter sämtlicher politischer Parteien, die Vertreter des Arbeits- und Fürsorgeamtes, sowie einige Mitglieder des Stadttheaters und sämtliche in Bremen engagierten und nicht engagierten Artisten. Es machte stutzig, daß diese Versammlung nicht von den zustehenden Vertretern der Artisten, der Internationalen Artistenloge oder der Loge „Sicher wie Gold" einberufen war. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung war: das Doppelverdienersystem. Der einzige Artist, der an dieser Versammlung teilnahm, war der Einberufer Herr August Schäfer. Im übrigen nahmen teil: von den politischen Parteien, ein Vertreter der kommunistischen Partei, zwei Vertreter des Arbeitsamtes, ein Vertreter des Fürsorgeamtes, und als Vertreter der Bühnenangehörigen Herr Ferdinand Ahnelt. Die Versammlung, wenn man unter diesen Umständen von einer solchen reden kann, nahm ihren Ausklang darin, daß versucht werden soll, unter Mitwirkung des Arbeitsamtes bei künstlerischen Programmen die jeweils engagementslos gemeldeten Künstler zu beschäftigen.

Die Stellungnahme meiner Kollegen findet Ausdruck in dem Schreiben, das ich zu dieser Versammlung an den Einberufer gerichtet hatte, und daß ich Sie hiermit zu veröffentlichen bitte.

Herrn
August Schäfer
Bremen
Moorstraße 4.

Ihre Einladung zur Versammlung für Mittwoch habe ich erhalten. Ich bedaure lebhaft, an dieser Versammlung nicht teilnehmen zu können. Ich habe bis nach 1 Uhr Probe und am Nachmittag die Veranstaltung in den Centralhallen. Wie ich höre, kommen Sie zu dieser Veranstaltung ja auch, und werden wir dann wohl Gelegenheit haben, uns über die betreffenden Fragen zu unterhalten.

Für Ihre Versammlung möchte ich ganz kurz meine Ansicht klarlegen:

Bei allen derartigen Veranstaltungen entscheidet in erster Linie die künstlerische Qualität. Zweifelsohne würden beispielsweise die Hausfrauenveranstaltungen in Bremen, wie auch in anderen Städten keine Rentabilität erreichen, wenn nicht anerkannte, in der Stadt beliebte Künstler den Anziehungspunkt bilden. Ohne bekannte Namen wären diese Kaffeestunden nicht besucht, würden also vom Veranstalter aufgegeben werden müssen. Hierdurch würden im Verdienst geschädigt außer den Künstlern, die Musiker, die Kellner, der Lokalinhaber, der Umsatz fehlt, und der Schaden ist für die arbeitnehmenden Teile unbedingt groß.

Es ist überall üblich, daß zu Festlichkeiten bekannte Künstler für die Unterhaltungsprogramme gewonnen werden. Jeder Veranstalter hat doch das Recht, sich die für seinen Zweck geeigneten Kräfte nach freier Wahl zu verpflichten. Es ist somit doch schon oft der Fall gewesen, daß Künstler hiesiger Kabaretts zu solchen Festlichkeiten herangezogen wurden. Daß natürlich weniger bekannte und akkreditierte Kräfte weniger oft gewonnen werden, liegt in dem Wesen unseres Berufes begründet.

Um nun auf die soziale Seite der Angelegenheit zu kommen: Gewiß ist die wirtschaftliche Not der engagementslosen Artisten groß. Aber nach meinen Erkundigungen beim hiesigen Arbeitsamt ist nur ein Artist in Bremen engagementslos gemeldet und einige Schauspieler. Also die Zahl der in Bremen engagementslos gemeldeten Künstler ist verschwindend gering. Es läßt sich natürlich eine Beschäftigungsmöglichkeit für diese Kräfte nicht erzwingen, denn wie ich schon oft erwähnte, läßt sich kein Veranstalter eine Kraft aufzwingen. Es ist wohl möglich, bei gewissen Veranstaltungen auf diesen Engagementslosen einige unterzubringen, vorausgesetzt, daß das Können der Betreffenden dem Rahmen der Veranstaltung angepaßt ist. Letzteres muß die Hauptbedingung bleiben.

Ich habe verschiedenen Herren auf dem Arbeitsamt erklärt, daß ich bereit bin, ohne jede Entschädigung einen Wohltätigkeitsabend zu Gunsten der hier ansässigen engagementslosen Künstler, Artisten und Schauspieler zu arrangieren. Ich würde hierbei sicher auch die Unterstützung einer Reihe meiner Kollegen finden. Vielleicht können wir über die Angelegenheit persönlich sprechen. Die geschäftliche Leitung würde ich dem Arbeitsamt übergeben.

Nun komme ich zu dem für Sie wichtigen Punkt: Die Tätigkeit der Theatermitglieder bei künstlerischen Programmen ernsterer und heiterer Natur. Wir Schauspieler haben es in jahrelangen Kämpfen durchgesetzt, daß uns die Freiheit der künstlerischen Tätigkeit außerhalb des Theaters in keiner Weise beschnitten werden darf. Genau wie ein Sänger zu Konzerten herangezogen werden kann und soll, genau so haben wir das Recht bei Veranstaltungen gegebener Art als Vortragskünstler, Sänger oder Tänzerin mitzuwirken. Dieses Recht haben wir uns erkämpft und es ist ein Teil unseres Vertrages: Normalvertrag für Deutsche Bühnenangehörege § 7, Absatz 4.

Demnach kann uns die Genehmigung zur künstlerischen Tätigkeit außerhalb des Theaters nicht versagt werden. Es würde ja eine künstlerische Hemmung der für die Kleinkunst begabten Bühnenmitglieder bedeuten. Wie oft und zu welchen Bedingungen wir verpflichtet werden, richtet sich wieder nach Qualität und Zugkraft der betreffenden Kräfte. In anderen Städten, so in Hamburg, werden ständig Bühnenmitglieder zu Gastspielen in den Kabaretts herangezogen. Sie sehen, in unserem Beruf entscheidet lediglich die Qualität.

Ich stehe Ihnen zwecks persönlicher Aussprache zu einer anderen Zeit, als gerade morgen mittag gern zur Verfügung. Ich möchte Sie bitten, dieses Schreiben in der Versammlung zur Verlesung zu bringen.

Hochachtungsvoll
gez. Hans Parge.

Erwähnen möchte ich noch, daß bei der letzten von mir geleiteten Veranstaltung bereits ein engagementsloser Artist beschäftigt wurde: Herr Aug. Schäfer. Bei der nächsten Veranstaltung ist ebenfalls ein freistehender Künstler beschäftigt. Hans Parge.

Wer an Freiheit gewöhnt war, dem ist jede Kette eine Last und jegliches Band eine Fessel.

Im Ring.

Was sagen Sie dazu:

Daß auf der „Schaffermahlzeit" 1931 neben einer Reihe anderer Finanz- und Wirtschaftsgewaltiger auch die Fürsten über Bank und Börse Jakob Goldschmidt und M. Warburg vertreten waren und man zum Schluß gemeinsam in den Ruf „Hepp, hepp, hepp, hurra" einstimmte? Wenn sich die Vertreter der bremischen und der geladenen Wehrmacht, Wissenschaft und Wirtschaft nicht scheuen, mit diesen hundertfachen Aufsichtsräten und Nutznießern des Youngelends an einen Tisch zu setzen, so soll man schon den gutdeutschen Ruf „hurra" für andere Gelegenheiten aufsparen und sich in diesem Falle mit „hep, hep" (Hierosolyma est perdita, = Jerusalem ist verloren) begnügen, anderenfalls die genannte Tagung in Zukunft „Raffermahlzeit" geheißen werden dürfte. Hoffentlich hatte man wenigstens koscher gekocht, es sollte uns sonst nachträglich noch leid tun.

Wittiches.

Der „Fridericus" schreibt in seiner Ausgabe Nr. 4 wie folgt:

An einer Dorfschule bei Neuruppin amtierte ein recht jugendlicher Lehrer, der eigens aus dem aufgeklärten Berlin in diese rückständige Gegend verpflanzt worden war. Der Herr Lehrer hielt treu zur Republik und zur Verfassung und war auf seine Weise bemüht, die ihm anvertrauten Kinder zu tüchtigen Menschen zu erziehen. Das geschah auf die Weise, daß er seine Schülerinnen mit Ausdrücken wie „Alte Pflaume", „Neuruppiner Edelsau", „Junge Stute" u. dgl. bezeichnete, und einer Schülerin, die einen Aufsatz nicht so gemacht hatte, wie der Herr Lehrer ihn gemacht haben würde, sagte: „Aufsätze könnt ihr nicht schreiben, aber Kinder kriegen, das könnt ihr!" Es war kein Wunder, daß die Bevölkerung empört war über diesen merkwürdigen Pädagogen von der Spree. Und es war sehr verdienstlich, daß die Wochenschrift „Der Brandenburgische Landbund" sich den jungen Herrn mal unter die Lupe nahm und ihm die recht notwendige Belehrung erteilte.

Der junge Herr nahm das sehr übel. Er fühlte sich in seiner noch etwas frischen Beamtenehre gekränkt und wandte sich hilfeheischend an die vorgesetzte Schulbehörde. Diese Schulbehörde hätte zwar feststellen können, woher die Mißstimmung und die Kritik an dem Lehrer rührten, sie hätte dann, da sie ja nicht nur Steuergroschen verzehren, sondern auch auf junge Lehrer erzieherisch einwirken soll, den jungen Jünger Pestalozzis sanft beim Ohr nehmen und ihm etwas mehr Benimm empfehlen sollen. Sie tat das nicht, sondern sie setzte das Gericht in Bewegung, das nun den verantwortlichen Redakteur des „Brandenburgischen Landbundes" wegen Beamtenbeleidigung zu 100 Mk. Geldstrafe verurteilte. Von einer Verurteilung des Lehrers ist nichts bekannt geworden. Er wird also die jungen Mädchen im ländlichen Bezirk bei Neuruppin weiter als „Neuruppiner Edelsau" bezeichnen können und diese anmutige Sprache mit seiner sich in Berlin zugezogenen Nervenüberreizung entschuldigen dürfen. Ich weiß bloß nicht, warum so viel Republikaner so schrecklich nervös sind. Die Republik ist doch gesichert! Wenigstens stand das in den republikanischen Zeitungen.

*

Hoffentlich begegnet diese Zierde der Republik von Weimar recht bald einem aufrechten Nichtrepublikaner, der ihm auf drastische Art die Leviten liest.

Au weih geschrien!

Lehrer zu den Kindern:

Wenn ein Haus gebaut wird, kommt zuerst die Grundmauer.

Was kommt dann?

Zunächst weiß kein Kind eine Antwort. Plötzlich meldet sich Moritz Cohn:

Herr Lehrer, dann kommt die erste Hypothek.

Adolf Hitler in Weimar.

Nicht in der Weltwirtschaft liegt unsere Zukunft, sondern in unserm Boden.

In Weimar fand eine aus dem ganzen Reich besuchte Tagung der landwirtschaftlichen Gaufachberater statt. Die Leitung lag in den Händen des bekannten Pg. Darré. Den Höhepunkt der Tagung bildete unzweifelhaft die großangelegte Rede unseres Führers Adolf Hitler. Niemals vorher sind klarer und eindeutiger die Zusammenhänge zwischen Landvolk und Volksganzem dargelegt worden. Schlagend sind die Lügen der Landvolkpartei über die Landwirtschaftsfeindlichkeit unserer Bewegung widerlegt.

Adolf Hitler spricht:

Deutsche Volksgenossen!

Wenn man das geschichtliche Werden und Vergehen von Völkern bedenkt, zeigen sich uns immer nur ganz große, geschlossene Ereignisse, geschlossene Erscheinungen, die letzten Endes zum Untergang dieser Völker führen. So große Reiche, wie Babylon und Rom sind verschwunden. Welche katastrophalen Fehler müssen gemacht worden sein, um ganze mächtige Reiche von der Erde einfach verschwinden zu lassen.

Freilich, der Mensch sieht meist nur den Abschnitt der Geschichte vor sich, den er persönlich erlebt. Dieser Abschnitt ist kurz und umfaßt wenige Jahrzehnte, und es ist oft schwer zu ermessen, wo in dem kurzen Abschnitt sich vielleicht auch ein Teilchen eines so großen historischen Zusammenbruches vollzieht, ohne daß die Millionen lebender Menschen in dieser Zeit es vielleicht erkennen oder erleben. Sicherlich dürfen wir eines annehmen:

Zu jeder Zeit, in der sich solche historischen Katastrophen vorbereiten oder abspielen, wird es zahllose Menschen gegeben haben, die an die Wirklichkeit eines solchen Vorganges nicht glaubten, es wird zahllose Menschen gegeben haben, die allen Warnungen gegenüber die wirkliche Existenz einer solchen Gefahr bestritten haben, es wird Regierungen gegeben haben, die in ihrer Verwaltung einem Volke, einem Staate zum Verderben gereichten, und immer und immer werden Millionen anderer in den Tag hineingelebt haben, ohne sich auch nur im leisesten eine Vorstellung zu machen, wo das Ende dieser ganzen Entwicklung sein wird.

Es ist heute nicht anders. Die Menschen sehen diese Entwicklung nur für die Zeit des eigenen Lebens. Sie fühlen vielleicht auch manches Mal, daß es eine große Linie auch in ihrer kurzen Periode, eine Entwicklung aufwärts und einmal abwärts gibt. Aber es fehlt nun die Vorstellung, um einen solchen kurzen Entwicklungsgang zu vervollständigen durch einen Blick in die Zukunft. Es fehlt die Fähigkeit durch einen Blick in die Vergangenheit analoge Erscheinungen zum Vergleich heranzuziehen, und sie wollen einen Weg gehen, den sie nur in ihrer Zeit vor sich sehen. Es stehen demgegenüber Hunderttausende, Millionen, die in einer solchen Entwicklung vielleicht an die dürftigen Erfolge der Zeit glauben, stehen gegenüber Regierungen, die der öffentlichen Meinung gegenüber auf ihre Unfehlbarkeit pochen und die jeden, der Kritik wagt, als einen Unverantwortlichen bezeichnen, als einen, der nicht erfüllt ist, von der hohen Weisheit derer, die nun einmal berufen sind, das Volk zu führen und die Regierungsgeschäfte zu leiten. Eine vielhundertjährige Tradition brachte eine gewisse Respektierung weniger des Trägers des öffentlichen Amtes an sich. Diese Respektierung führte zuweilen dazu, daß das Volk ganz vergißt, auf welch schwachen Grundelementen die Träger eines solchen Systems eigentlich stehen, wie sehr diese geistigen Erscheinungen des Systems im Augenblick unter das Niveau fallen.

Man überträgt die Bedeutung der Personen der Vergangenheit, die diesem Amt eine Weihe und Würde gegeben haben, ohne weiteres auf die derzeitigen erhabenen Inhaber dieser Ämter.

Gerade das deutsche Volk, das sich in langer Zeit der Geschichte angewöhnt hat, regiert zu werden, und das trotz der Fehler und Vorzüge, die man immerhin zugeben muß, in langen Zeiten auch gut regiert worden ist, gerade dieses deutsche Volk hat großenteils jene kritische Fähigkeit verloren, über dem scheinbaren Erfolg des Tages die große Linie zu sehen, ja, vielleicht auch sogar die Lust verloren, nach dieser großen Linie überhaupt zu suchen. Es gibt im Volk heute Millionen, die sich wirklich gerne berauschen an dem äußeren Erfolg und an dem äußeren Sieg, die sich an den Vorzügen dieses Systems gerne berauschen, um das tiefere Elend, die tiefere Not nicht sehen zu müssen.

Es ist aber bei uns eine gewisse Praxis eingerissen, die das öffentliche Leben künstlich zu verwirren, es kompliziert erscheinen zu lassen, daß die Masse des Volkes in dem tausendfältig durcheinanderlaufenden Erscheinungen der Zeit überhaupt keine klare Linie finden kann.

Wir sehen diese Verwirrung auf allen Gebieten. Wir sehen sie auf dem Gebiete der Rechtspflege, auf dem Gebiete der Schule, unserer Kultur, unserer Kunst und auch auf dem Gebiete des politischen Lebens, vor allem auch auf dem Gebiete der Wirtschaft. Tausendfältige Begriffe schwirren herum, tausendfältige Ausdrücke verwirren die Köpfe und es gibt wenig Menschen, die aus diesem Durcheinander eine große Linie herausfinden, die sehen, das ist der geeignete Weg. Man hat manchmal das Gefühl, daß man mit Absicht und vollem Bewußtsein eine solche Verwirrung herbeiführt, um dem deutschen Bürger den klaren Blick zu trüben und um den Menschen den Blick für die Notwendigkeit im Großen zu erschweren. Wir haben das Gefühl, daß man mit Absicht den Leuten den äußeren Begriff zeigt, was man nicht gern innerlich zeigen möchte. Nun ist es in meinen Augen die Aufgabe einer politischen Bewegung, in einer Zeit, in der man uns die Demokratie aufoktroyiert hat, in einer Zeit, in der wir nun zwangsläufig mit der Majorität rechnen und mit dieser Majorität kämpfen müssen, unseres Erachtens die größte Aufgabe, dieses verwirrende Durcheinander des öffentlichen Lebens auf allen Gebieten zu klären, diese Flut von einzelnen Wörtern, von Schlagwörtern usw. zu beseitigen, und zu versuchen, dem Volk eine große Linie zu zeigen, zu zeigen den Weg, den wir jetzt im Augenblick gehen, frei von allen diesen Verwirrungen, den Weg der Zukunft, den wir gehen müssen, daß wir uns freimachen von allen diesen tausenden Schlagworten, daß wir diese Komplizierung wenigstens zu Gunsten der inneren Besinnung unterbinden und daß wir uns zurückfinden zu den großen Gesetzmäßigkeiten des Lebens, zu den großen Gesetzen des Volkslebens, die wir überall finden können, auch in der Wirtschaft, ja dort erst recht. Wenn wir uns zu diesem Entschluß durchringen, dann ist es gut, uns zunächst über etwas Grundsätzliches klar zu werden.

Man spricht heute von Berufen, man spricht von Ständen, man spricht von Klassen usw. und sagt, es gibt Künstler, es gibt Beamte, es gibt Angestellte, es gibt Unternehmer, es gibt Kaufleute, Geschäftsleute und es gibt auch Bauern. Man stellt nun die Landwirtschaft in die gleiche Linie unserer Wirtschaft, unserer künstlerischen Kultur, unseres politischen Lebens. Man begeht damit bereits ganz bewußt die erste Fälschung, denn man muß den Bauer zusammenfassen mit der Landwirtschaft, muß ihn vollständig herausnehmen aus diesen Begriffen.

Man kann nicht sagen, die Landwirtschaft ist ein Beruf, wie so viele andere Berufe.

Nein, die Landwirtschaft ist die Basis des Lebens der Nation an sich.

Auf ihr und aus ihr heraus erst kann auch das weitere Leben sich entwickeln. Man könnte eine Anzahl von Berufen aus dem Leben heute streichen, ohne daß wir daran zu Grunde gehen müßten, ja ohne daß wir deshalb sogar manchmal ärmer werden. Aber wir können nicht die Landwirtschaft streichen, ohne daß wir restlos zu Grunde gehen. Die Bodenproduktion ist die erste unbedingte Voraussetzung für jegliches Leben der Menschen, ganz gleich in welchem Umfange die Bodenproduktion betrieben wird, ob im privaten Zustand einer Urmenschheit oder in einem technisch hochkultivierten Zeitalter der Gegenwart. Das Leben des Volkes beruht zunächst auf den Ergebnissen dieser Produktion der Erde und das kommt am besten in dem Satz zum Ausdruck, den ich schon vor vielen Jahren in diesem gleichen Hause gebraucht habe. Ich möchte sagen, es ist der schönste Satz unseres Lebens, denn er ist die Grundlage alles Lebens. Es kann vorkommen, daß Menschen und Völker über diesen erhabenen Grundsatz hinweggehen und ihn vergessen, vergessen durch irgendwelche äußeren Erscheinungen des Lebens, aber es wird früher oder später wieder sehr hart zurückgeführt werden, es kommt eines Tages wieder die Zeit, in der die Menschen wieder zurückgepreßt werden auf diesen Grundsatz: Gib uns das tägliche Brot! Das Leben nimmt seinen Ausgang zunächst von der Erde. Die Bodenbearbeitung ist diese Grundlage jeder weiteren Entwicklung.

Wir können uns, in ganz großen Linien gesehen, die Menschheitsentwicklung, soweit sie überhaupt höhere Völker betrifft, folgendermaßen darstellen. Im Anbeginn lebt jede Familie von dem, was sie sich selbst aus dem Boden schafft. In dem Maße nun, in dem die Bearbeitung des Bodens Fortschritte macht, beginnt eine Einsparung von Menschen aus dieser Grundproduktion, d. h. die Bodenproduktion benötigt zur Ernährung der Summe der Menschen eines Volkes nicht mehr alles, sie kann einen Teil abgeben. Jede Verbesserung einer noch so primitiven Methode durch eine kleinere Anzahl genügt schon, das Leben für alle zu sichern und die Einsparung dieser Menschen wandert ab in das Handwerk. Es beginnt damit die erste primitive Wirtschaft, d. h. ein Teil einer Volkssumme schafft die Lebensmittel, der andere Teil, schafft diejenigen Güter, die auch zum Leben notwendig sind und die wieder von Spezialisten geschaffen werden. Es beginnt der Zerfall der ersten Einheit, nämlich in ein Spezialistentum der Bodenbearbeitung und der primitiven handwerksmäßigen Tätigkeit. Wir sehen nun, wie sich im Laufe der Zeit die Bodenbearbeitung immer größere Möglichkeiten schafft, um Menschen aus dieser Grundsubstanz des Volkes einzusparen und in das Handwerk hinüberzugehen. Dabei ist nun etwas entgegenzuhalten.

Ich kann innerhalb eines Volkes die handwerkliche oder später industrielle Produktion theoretisch nach und nach unbegrenzt steigern. Ich kann aber niemals, sei es auch nur theoretisch unbegrenzt die Bodenproduktion steigern auf einer bestimmten Grundmenge, d. h. mit anderen Worten: wenn der Mensch nur den Gütern der handwerklichen Produktion leben könnte, ließe sich theoretisch sehr wohl denken, daß auf einem bestimmten Raum, einer bestimmten Fläche die Menschen sich mehr oder weniger ins Ungemessene vermehren könnten. Ich kann die handwerkliche Produktion, soweit ich Rohstoffe für sie habe, unbegrenzt steigern, die industrielle Produktion, wie Eisen, Kohle, Stahl usw. kann ich fast unermeßlich steigern.

Aber wenn der Mensch nicht von dem allein leben kann, sondern einen Teil seines Lebens doch der ausschließlichen Ernährung verdankt und zwar im wesentlichen die Erhaltung seiner Substanz, also seines Fleisches und Blutes, dann muß ich wissen, geht die Vermehrung der Bodenproduktion nicht ins Ungemessene, sondern dort treten Hemmungen ein. Sie liegen in den Grenzen der Raumfläche, die einem Volk zur Verfügung steht und in der Größe und in der Güte der Raumfläche, in der Ergiebigkeit dieses Bodens.

So erleben wir denn zu allen Zeiten, daß langsam der Raum zu eng wird für die Zahl der Menschen.

Jeder Stand und jedes Volk trat bis heute eines Tages in eine Situation ein, in der der Boden zu eng geworden ist. Handwerksgüter können unbegrenzt erzeugt werden. Bodengüter aber nicht mehr. Damit tritt dann die Frage heran, entweder Anpassung des Bodens an den Menschen oder Verminderung der Menschen zur Anpassung an den Boden. Es beginnt zum ersten Male das politische Leben sichtbar beeinflußt zu werden von den Gesetzen des Raumes, des Bodens.

Wir kehren aber wieder zurück und sehen, wie die Menschen bei der Bodenproduktion Kräfte einsparen, wie die Handwerksproduktion überschießt und wie nun langsam ein Kreislauf der Wirtschaft eintritt, ein innerer Kreislauf der Wirtschaft, der darin besteht, daß der Handwerker das Handwerkserzeugnis für den Bodenproduzenten liefert und der Bodenproduzent seine Erzeugnisse, die Lebensmittel, für sich und den Handwerker zur Verfügung stellt. Diesen inneren Kreislauf nennt man Volkswirtschaft, d. h., ein Volk deckt in vollem Umfange aus eigener Kraft und eigenem Vermögen alles das, was es zum Leben benötigt, der eine schafft das Brot, und der andere schafft die Sichel und den Hammer.

Diese beiden ergänzen sich und wenn ein Volk diese Einheit besitzt, ist es im vollsten Sinne des Wortes stark und hat schon seine Daseinsberechtigung in seiner eigenen Kraft. Seine Zukunft liegt ausschließlich in seinem eigenen Fleiß und Vermögen. Solange der Pflug auf der einen Seite und der Hammer auf der anderen Seite sich gegenseitig zu erhalten und zu ernähren vermögen, solange ist ein Volk unabhängig von allen Mächten der Welt. Es kann auf seiner eigenen Scholle stehen und es kann sich sein Leben einreichen und organisieren, so wie es selbst will.

Wenn nun aber dann die Volkszahl größer wird, immer größer und dann endlich auch der Zeitpunkt eintritt, in der die handwerkliche Produktion sich wohl noch steigern kann, aber die Bodenproduktion zurückbleibt, dann muß die Not kommen. Jede Steigerung der industriellen Produktion bedeutet eine Höherwertung der Bodenproduktion. Jede Steigerung der Bodenproduktion bedeutet eine Höherwertung der industriellen Produktion. Diese Sätze müssen wir folgendermaßen verstehen: Wenn in einem Volke ein innerer Kreislauf der Wirtschaft stattfindet, dann ist ein Produkt des Handwerkes soviel wert als man andere Produkte dafür bekommt, grundsätzlich als man Lebensmittel dafür bekommt und umgekehrt. Ein Produkt des Bodens, d. h. die Lebensmittel sind soviel wert, als man Handwerksprodukte dafür bekommt, mit anderen Worten: Steigern sie die industrielle Produktion, bleibt die Bodenproduktion zurück, dann treffen immer mehr Güter auf die Bodenproduktion, sie können daher die Bedürfnisse des Lebens ungemessen befriedigen. Aber langsam kommt dann noch der Hunger, und wenn dieser Hunger nun kommt, dann gibt es Möglichkeiten, ihn zu beseitigen, zunächst Export von Menschen, dann aber später Export von Waren. In Wirklichkeit ist das eine zwangsläufige Entwicklung fast, denn selbst wenn man Menschen exportiert, ernährt man diese Menschen im Auslande, d. h. ich fasse ein Volk als einen geschlossenen Körper auf, als eine Rasse. Wenn nun eine Rasse auf ihrem Lebensraum die Menschen nicht mehr ernähren kann, so schickt sie sie hinaus und läßt sie wo anders ernähren. Diese haben dann das Bestreben, unabhängig zu werden, einen Staat zu gründen, wenn sie tatkräftig sind; sind sie dies nicht, werden sie zumeist zu Grunde gehen. Das Gesetz des Handelns geht an die Kolonisten über, als die tatkräftigsten Menschen.

Es gibt auch noch einen zweiten Weg, nämlich man exportiert Ware, d. h. man steigert die wirtschaftliche Produktion so sehr, daß man endlich einen gewissen Ueberschuß erzielt, den man nach außen hin abführt und von dem Erlös dieses Ueberschusses langsam Lebensmittel und in neuester Zeit Rohstoffe einführt. Damit beginnt die Volkswirtschaft teilzunehmen und in Verbindung und Beziehung zu treten mit anderen Volkswirtschaften, es beginnt eine Volkswirtschaft in eine andere Volkswirtschaft einzudringen und es entsteht langsam das, was wir heute mit dem Begriff Weltwirtschaft bezeichnen. Die Völker exportieren und importieren, d. h. gewisse Nationen haben ein Plus an den industriellen Produkten, exportieren diese Produkte und ziehen dafür die fehlenden Lebensmittel und Rohstoffe zurück, mit anderen Worten, es beginnt langsam eine Verflechtung der Interessen der Nationen und es beginnt damit auch langsam die Souveränität, das höchste eigene Recht der Völker, zu schwinden.

Denn man redet nicht mehr von einer wahren Souveränität einer Nation oder eines Staates,

— wenn in Wirklichkeit das Leben eines Volkes nicht mehr begründet ist auf der 100prozentigen eigenen Kraft, sondern bereits abhängig ist von volksfremden Faktoren.

Europa hat diese Entwicklung ganz groß genommen. Erst waren die europäischen Völker Bauernstaaten, dann werden sie langsam mit Handwerkern versorgt, dann beginnt langsam der Menschenexport, zugleich ein ganz schwacher Warenexport, ein ganz schwacher Import von Produkten. Später dann steigert sich dieser allgemeine europäische Warenexport und es beginnt nun ein Import in immer größerem Umfange, erst von Rohstoffen, später auch von Lebensmitteln sich zu entwickeln. Schließlich sinkt der Menschenexport, der Warenexport steigt und Westeuropa wird der große Weltlieferant. Alle europäischen Staaten werden nun mit diesem Begriff Weltwirtschaft erfüllt, Europa sieht alle Erscheinungen nunmehr vom Standpunkt dieser Weltwirtschaft aus, alle Staaten sehen nunmehr erst die Frage des Exports auf Grund des Imports, eine neue Gedankenwelt entsteht.

Mit dieser Gedankenwelt sehen wir leider ein Zusammenbrechen der Erkenntnis über die wirkliche Grundlage der Völker. Der Begriff Weltwirtschaft beginnt das ganze System zu verwirren.

Die Folgen dieser Umstellung machen sich sogar in sozialen Erschütterungen bemerkbar. Wir erleben es, daß in einer unvernünftigen Weise eine Menschenanhäufung stattfindet, ohne eine europäische Raumerweiterung.

Wir erleben es, wie diese europäische Anhäufung dauernd auf Kosten des flachen Landes stattfindet. Immer mehr Menschen werden erzeugt und das flache Land gibt jährlich Hunderttausende Menschen ab. Sie wandern in die Großstädte, in diese Exzesse am Körper der Nation, diese Großstädte, die in keine Beziehungen zum Bauer, zum Lande treten; sie verkennen die Grundlagen der nationalen Existenz. Sie sehen nur noch Fabriken, Schornsteine, Geschäfte, Lichtreklame, Export und Import, Wirtschaft und wieder Wirtschaft, Weltwirtschaft und Welthandel.

Allmählich wird der Grundsatz, daß unsere Zukunft über dem Wasser liegt, zum Glaubensbekenntnis und allmählich wird die Zahl derer, die vollständig vergessen, daß nicht nur die Gegenwart, sondern daß auch die Zukunft im eigenen Boden wurzelt.

Allmählich wird die Zahl derer, die das vergessen, immer größer und immer mehr, denn die Großstädte werden langsam zur Majorität. Auf 100 Einwohner finden sich endlich kaum mehr 30, kaum mehr 20 der Bodenproduktion. Alles andere ist eben entfremdet, lebt in Städten, verliert jede Beziehung zum Lande, zu der Einsicht für die Notwendigkeit der Erhaltung des eigenen Bauernstandes, lebt nur in den Tag hinein, umgaukelt von den schwankenden Begriffen der Weltwirtschaft, des Exports, Imports, Handels, Kohlenstationen, Stützpunkte usw. usw. bis dann eine ganz neue Welle über die Begriffe dieser Menschen und Großstädte hinwegströmt und die langsam entwurzelt und damit entnervt. Das bedeutet auch eine gigantische Rückwirkung auf die gesamte Politik. Der ganze Lebenskampf der Nation geht nur von dem Gesichtspunkt der Erhaltung unserer weltwirtschaftlichen Stellung aus, Erhaltung unseres Welthandels, Erhaltung der Absatzmärkte, Erhaltung der Rohstoffquellen, kurz und gut die Völker beginnen sich in Abenteuer zu stürzen. Abenteuer, die am Ende auch Blut kosten, denn letzten Endes entscheidet doch immer der Stärkere.

Der Kampf um den Weltabsatzmarkt ist genau so ein Ringen wie der Kampf um den Raum ein Ringen ist — nur ein Unterschied: in dem einem Falle geht man auch einem Kampf auf Leben und Tod entgegen, hat aber in kurzer Zeit nicht mehr die Menschen, mit denen man den Kampf führen könnte, denn die Großstadt vergiftet und vertiert langsam dieses Menschentum. Denn am Ende und trotz allem wird der Staat die meisten Aussichten im Lebenskampf besitzen, der die meisten Bauernbajonette zu seiner Verfügung hat. Es ist das die Menschenmasse, die noch am ehesten gefeit ist gegen die Wirkung unserer allgemeinen Großstadtpsychose und Großstadtnervosität.

Damit aber hat sich folgender Zustand ergeben. Eine ganze Anzahl von Staaten lebt auf Grund dieser Exportwirtschaft, an der Spitze das deutsche Volk. Das westliche Europa ist nun in rettungslose Abhängigkeit gekommen von der Frage der Erhaltung der Export- und der Absatzmärkte. Unser ganzes Leben hängt von der einzigen Frage ab. Ich glaube, durch eine jahrzehntelange Verwirrung haben wir zuguterletzt in unserer Exportwirtschaft den Menschenabfluß haben langsam Menschen angesammelt. Wir haben den Kessel überfüllt, überhitzt. Nun ist die Ernährung dieser überspannten Menschenmenge abhängig von ganz bestimmten Voraussetzungen, die sich im Laufe des Friedens herausgebildet hatten. Ein Teil der Menschheit, weit über eine Milliarde, genau 1800000000 sind Absatzmärkte geworden und der andere Teil sind Exportnationen geworden. Wir gehören zu den Exportnationen. Fast ganz Asien ist Absatzmarkt, Osteuropa ist Absatzmarkt und der Süden Amerikas war Absatzmarkt. Gigantische Gebiete sind Absatzmärkte. Wir exportierten in sie hinein und zogen aus ihnen dann Lebensmittel zurück. Es ist nun selbstverständlich, daß, wenn die Existenz der übervölkerten europäischen Millionenstaaten auf diesen Voraussetzungen beruht, daß im selben Augenblick, in dem diese Voraussetzung zerstört wird, Europa und an der Spitze Deutschland einer Katastrophe entgegengehen muß, einer Katastrophe, die ihren Ausdruck darin findet, daß man theoretisch wohl ins Uferlose industriell produzieren kann, aber keinen Absatzmarkt mehr findet, daß man mit anderen Worten jetzt zu dem Ergebnis kommt, daß industrielle Produktion noch lange nicht das Leben gewährt. Freilich könnte man da fragen: warum müssen 5 Millionen arbeitslos sein. Man arbeite doch mit ihnen: man produziere! Jawohl. Aber alles dieses Produzieren könnte uns gar nichts nützen. Deshalb ist diese soziale Erscheinung im Moment vielleicht noch besser. Unser ganzes Volk ist durch diesen Weltwirtschaftstaumel auch politisch in eine grundfalsche Richtung hineingedrängt worden. Wir haben vollkommen verlernt, eine klare politische Linie zu verfechten. Wir haben ganz und gar verlernt, in der Erhaltung unseres Volksgutes das wesentliche zu sehen und zweitens in der Ernährungsgrundlage schließlich das unbedingt Notwendige zu sehen. Wir haben daher auch in unserer Politik alle Konsequenzen dieser Verflechtung vergessen und zum Teil wohl auch verloren. So stehen wir mitten in der angedeuteten Weltkatastrophe, denn der Weltabsatzmarkt geht einer schweren Erschütterung entgegen. Es sind eine Reihe von Ursachen: Erstens die Völker, die früher von uns Waren bezogen haben, produzieren sie heute zum größten Teile selbst. Der Krieg hat überall Industrien ins Leben gerufen, die später sich dann umgestellt haben auf Friedenswirtschaft und so sehen wir, daß in zahllosen Staaten nunmehr eigene Industrien die Bedürfnisse befriedigen. Zweitens: wir haben neben unserer Volkswirtschaft langsam den Begriff Kapitalismus bekommen und es gibt viele Menschen, die sich keine klare Vorstellung machen können über den Unterschied zwischen Kapitalismus und Volkswirtschaft. Volkswirtschaft ist eine Notwendigkeit. Es gibt aber kaum ein Gebiet, auf dem man diese Unterschiede krasser sieht als auf dem Gebiet der Exportwirtschaft.

Wenn in Deutschland eine Lokomotivfabrik nach China tausend Lokomotiven exportiert, dann ist das volkswirtschaftlich und noch nützlich. Mit anderen Worten gesagt: wir schaffen für 3000 Arbeiter in Deutschland das Brot, indem wir das Ergebnis ihrer Arbeit in das Ausland exportieren und dafür nun Rohstoffe und Lebensmittel wieder nach Deutschland einführen können. Wenn aber nun eine Bankgruppe in Deutschland in Schanghai eine Lokomotivfabrik baut und dort Lokomotiven erzeugt, dann kann unsere deutsche Nationalökonomie darin auch noch einen Vorteil volkswirtschaftlicher Natur erblicken. In Wirklichkeit hat das nichts mehr mit Volkswirtschaft zu tun, sondern ist rein kapitalistisches Interesse. Was ist der Unterschied? In dem einen Falle leben 3000 deutsche Arbeiter von dem Ergebnis ihrer Handarbeit, die ins Ausland gesandt wurde. Im anderen Falle sorgen 3000 billige chinesische Kulis für einen Dividendengewinn einer kleinen Gruppe. Dieser Dividendengewinn hält gar keinen Vergleich aus mit dem Nutzen der Handarbeit dieser 3000 Menschen, die hier beschäftigt werden können.

Es ist das ein ganz krasses Beispiel, aber ganz Europa und besonders ganz Amerika huldigt heute diesem verbrecherischem Wahnsinn. Ueberall werden in der Welt Filialfabriken, überall Tochtergesellschaften gegründet. Das Kapital sucht Verzinsungsmöglichkeiten und es findet sie größer, indem es in diesen Ländern selbst Industrien gründet mit diesen niedriger bezahlten Arbeitern, als daß man das Kapital bei uns anlegt. Es kommt dazu auch der vollständig vergiftete und verdummte Dünkel der europäischen Nationen, der Dünkel, sich etwas einzubilden auf unsere Dressurfähigkeit anderer Völker. Wir dressieren in unseren Hochschulen Chinesen, Japaner, Gelbe, Schwarze usw. Ingenieure werden ausgebildet. Wir sagen, wir bringen ihnen deutsches Wissen, deutsches Sehen, deutsche technische Geschicklichkeit bei; staunt uns an, was wir für Dressеure sind. Man vergißt vollständig, daß langsam damit die Voraussetzungen gegeben werden, um allen diesen Staaten, Land um Land, eigene Kultur, eigene Befriedigungsmöglichkeiten für diese Kultur zu schaffen, mit eigenen Fabriken, eigenen Unternehmungen usw. Wir schicken ihnen noch Spezialisten hin, die das Ganze in Gang halten und so sehen wir, daß wir, die wir in ganz Europa am meisten abhängig sind vom Export,

die Länder durch uns selbst unabhängig zu machen vom Export.

Eine vollständige Disziplinlosigkeit ist eingerissen in unserer Wirtschaft. In Sachsen exportiert unsere Wirtschaft Strümpfe, hunderttausend Menschen leben davon auch im Westen Deutschlands. Aus dem gleichen Sachsen aber liefert die Wirtschaft Strumpfwirkmaschinen an Polen, an Argentinien, mit dem Ergebnis, daß nun dort eigene Fabriken entstehen und der Dauerexport der Wirkwaren und unserer Textilwaren ein Ende nimmt, nur weil hier Maschinen exportiert worden sind. Es ist das alles mit ein Zeichen der vollständigen Zerstörung jedes klaren und logischen Denkens. Alles das ist das Jagen nach dem goldenen Kalb. Alles saust und läuft nach dem Geld und wenn auch nur ein Knochen zu verlieren ist, nur ein industrieller Auftrag, dann stürzen sich alle europäischen Nationen darauf, mag auch die Vernichtung bei der eigenen Industrie eine viel größere sein.

Es beginnt der Kampf aller gegen alle. Es werden alle Grundsätze, alle Notwendigkeiten in diesem Ringen vergessen. Das Ergebnis ist eine Katastrophe, die wir heute kommen sehen.

Es kommt aber noch folgendes dazu. Als weiterer Konkurrent auf dem Weltabsatzmarkt ist seit 2 bis 3 Jahrzehnten, am schärfsten seit dem Krieg, die amerikanische Nation aufgetreten, ein Riesenstaat mit unendlichen Produktionsmöglichkeiten, der stürzt sich nun auf den an sich beschränkten Weltabsatzmarkt als stärkster Konkurrent, unterbietet andere Völker, unterbietet sie zugleich mit dem Ergebnis, daß alle diese Nationen langsam sich selbst gegenseitig ausschlachten. Nun kommen die schwersten Erschütterungen.

Forts. folgt.

Der Revisionsbericht über die Finanzgebarung der Stadt Emden im Wortlaut.

(Ein historisches Dokument.) (2. Fortsetzung.)

Bevor wir den Bericht des Revisors fortsetzen, schalten wir eine Aufstellung über die Reisekosten für Anleiheverhandlung Jaffa & Lewin ein.

Zum Abschnitt Jaffa & Lewin.

Reisekosten für Anleiheverhandlungen.

		RM.
1925	Gebühren für Sichtvermerke in die Auslandspässe Harding und Frickenstein	20.40
„	Harding, Frickenstein nach Amsterdam (!)	1 000.—
„	Dr. Kahn nach Amsterdam (!)	750.—
„	Harding nach Amsterdam	273.—
1926	Harding Verhandlung vor Landesschiedsgericht	189.15
„	Frickenstein, Verhandlung mit Reichsminister Koch, Berlin	189.15
„	Harding nach Berlin	188.35
„	Harding nach Berlin	234.20
„	Voermann nach Berlin	168.20
„	Harding nach Berlin	305.80
„	Harding, Autofahrten etc. nach Berlin	78.—
„	Stadtsekretär Teßmer nach Berlin	119.80
„	Frickenstein nach Berlin	183.15
„	Harding nach Amsterdam und Berlin	527.03
„	Voermann nach Amsterdam und Berlin	503.03
„	Harding nach Berlin	338.75
„	Harding nach Berlin	186.15
1927	Frickenstein nach Norderney (?)	23.60
„	Harding nach Norderney (?)	28.60
„	Harding nach Hannover	337.20
„	Frickenstein nach Berlin	217.60
„	Harding nach Ber.in, Hannover, Leipzig	435.20
„	Frickenstein nach Berlin, Hannover und Leipzig	292.90
1928	Harding nach Berlin, Hannover	227.60
„	Voermann nach Berlin	196.60
„	Harding nach Hannover, Berlin, Leipzig	314.50
„	Harding nach Berlin	308.45
„	Harding nach Berlin	269.10
„	Harding nach Berlin	276.40
„	Harding nach Berlin	448.30
„	Harding nach Amsterdam	363.80
1928	Harding nach Hannover, Berlin	267.95
„	Harding nach Hannover, Amsterdam	400.83
„	Harding nach Berlin	185.21
„	Harding nach Berlin	179.—
„	Harding nach Berlin, Hannover	260.20
„	Harding nach Berlin	156.70
1929	Harding nach Berlin	249.45
„	Harding nach Berlin	190.90
„	Harding nach Berlin, Hannover	416.40
„	Harding nach Berlin	160.90
„	Harding nach Berlin	327.—
„	Harding nach Berlin	400.15
„	Harding nach Berlin	250.10
„	Harding nach Berlin	194.90
„	Voermann nach Berlin	136.50
„	Mützelburg nach Berlin	139.70
„	Harding nach Berlin, Hannover, Köln	379.10
„	Harding nach Berlin, Hannover, Köln	362.70
„	Ebendorff nach Berlin	98.40
„	Harding nach Berlin, Hannover	428.75
1930	Harding nach Berlin	452.75
„	Harding nach Berlin	278.15
„	Harding nach Berlin	162.90
„	Harding nach Berlin, Hannover	290.90
„	9. resp. 12. 7. Harding nach Berlin	250.50
	Zus. ca. RM.	15 000.—

Zu der zweifellos für jeden interessanten Aufstellung ist zu bemerken:

1) beteiligt an den horrenden Ausgaben sind fast ausschließlich Demokraten und Marxisten,
2) von den fabelhaften Liquidationen der Herren Harding, Frickenstein und Genossen stechen wohltuend ab die Berechnungen des Oberbürgermeisters, des Stadtsekretärs und des Stadtkämmerers, den wir täglich wegen seiner Stellung als zwangsweiser Handlanger des Herrn Harding bedauern,
3) was sagt der Steuerzahler zu den Unsummen, die auf seine Kosten für diese Reisen verpulvert worden sind?

Der Bericht selbst sagt weiter:

Tabelle IV Kontokorrentverkehr mit dem Bankhaus Jaffa & Levin.

Durch das vorgenannte Bankhaus sind, wie aus Tabelle IV, Anlage 4, hervorgeht, verschiedene größere Wechselkredite bezw. Anleihen vermittelt und teilweise auch direkt zur Verfügung gestellt worden. Der Gegenwert dieser Anleihen ist zum Teil erst nach und nach von der Verwaltung abgerufen worden, so daß die dem Bankhause belassenen Kapitalbeträge zunächst auf Kontokorrent bezw. Sonderkonto zugunsten der Stadt belegt worden sind. Diese Kontobelegungen bei der genannten Bankfirma waren, wie ermittelt worden ist, nicht besonders gesichert. Da es sich aber bei dem Bankhaus Jaffa & Levin um ein Privatunternehmen (also nicht um ein mündelsicheres Institut) handelt, durfte u. E. eine derartige ungesicherte Belegung keinesfalls erfolgen. Die bei dem Bankhause belegten Guthaben aus Anleihen haben wir auf Seite 76 dieses Berichtes aufgeführt, und zwar sind jeweilig die am Quartalsersten bei den genannten Banken befindlichen Guthaben in Spalte 12 ersichtlich gemacht. Aus dieser Tabelle geht hervor, daß bei der Bank recht erhebliche Kapitalsbeträge belegt worden sind, z. B. betrug das Gesamtguthaben

1. 4. 1927 rund 940 000.— Mk.
1. 7. 1927 rund **2 780 000.**— Mk.
1. 10. 1927 rund 1 175 000.— Mk.

usw. Am 1. Juni (?) Januar (?) 1930 betrug das Gesamtguthaben bei der Bank noch Mk. 192 213,75 ohne Zinsen vom 1. 7. 1929 ab.

Die laufende Rechnung scheint man auch deswegen vorgezogen zu haben, weil vermutlich von vornherein die Absicht bestanden hat, Jaffa & Levin stadtseitig häufiger unter die Arme zu greifen.

Der Revisor sagt, die Kontobelegungen bei Jaffa & Levin seien nicht besonders gesichert gewesen, d. h. man hat die Stadtgelder aus Freundschaft rücksichtslos dorthin überwiesen. Der Höchstbetrag der städtischen Guthaben bei Hardings Freunden ist Mk. **2 780 000.**— gewesen. Ohne jede Sicherheit solche Summen, die einem selbst nicht gehören, zu verpumpen, ist das nicht . . . . leichtsinnig? (Während in Emden von der arbeitenden Bevölkerung gleichzeitig die Steuergelder zwangsweise eingetrieben werden!) — — — —

Fortsetzung folgt.